

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juli 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,65 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Lindenstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldschilling f. d. Millimeter Höhe u. Breite; 28 Goldschilling f. Zeile im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 1043, 1047, 2251. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Telephonnummer: Leipzig 1066 ab Post-Kont. Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Dienstag, den 1. Juli 1924

4. Jahrgang + Nr. 100

Brutaler Polizeiterrord im Stadtparlament

Gummihüpfel gegen kommunistische Stadtverordnete — Einheitsfront von Busse bis Heimatdienst-Müller Proletarier, heraus zum Massenprotest!

Im Westen Deutschlands, wo die Arbeiterschaft schon jahrelang offenen Krieg führt gegen ihre Verklawung durch deutsche und französische Ausbeuter, wo der Bestand der kapitalistischen Wirtschaft am stärksten erschüttert ist von ganz Europa, wo die Vorbereidungsschritte der internationalen Traktatmagnaten nicht mehr durch patriotische Phrasen überdeckt werden können, wurde angefangen mit der offenen Vergewaltigung der Arbeiterschaft. Die kommunistischen Kommunalvertreter wurden aus den Stadtparlamenten ausgeschlossen.

Im mitteldeutschen Industriegebiet, dem Lande der revolutionären Märzströmung von 1921, errichtet der deutsche Kapitalismus nun seine Hochburg und setzt die Vergewaltigungsmethode fort. Die Arbeiterschaft im roten Mitteldeutschland soll aufs Haupt gefolgt werden. Die Braunkohlenbarone und Industrieoligarchen bringen gefüllte Kulis für den Fortgang ihrer Produktion.

Darum wurde am 11. Mai in Halle der Deutsche Tag abgehalten. Darum hatte die sozialdemokratische Instanzenleiter von hallischen Polizeipräsidenten Kunge bis zum preußischen Innenminister Seegering den „Klassenkampf“ für einen halben Monat verboten. Darum wurden unsere Stadtverordneten, die die stärkste Fraktion in Halle bilden, von allen Sitzungen ausgeschlossen.

Darum wurden gestern die Vertreter von dreißigtausend Wählern von Kunges Schupo mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt. Unsere Stadträte wurden an die Wand geschleudert und gewürgt, unsere Genosseninnen mit dem Gummihüpfel bedroht. Ein protestierender Genosse wurde weggeschleppt, man wollte ihm Handfesseln anlegen wie einem Schwerverbrecher. Gleichzeitig wurde eine Kampagne eröffnet gegen die Berichterstattung des „Klassenkampfes“. Busse, der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher, drohte mit Sinauswurf, die Sozialdemokraten haben erneut in diese Kerbe.

Die Bourgeoisie will das revolutionäre Proletariat zur Ohnmacht verdammen. Sie will sich ihre Kreise nicht fördern lassen, sie will schämen und feilschen um ihre Profitinteressen unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Masse wird durch Maschinengewehre und Handgranaten abgeschreckt. Den streikenden Arbeitern entziehen sich die bürgerlichen Deputationsvertreter durch seine Flucht.

Es soll wieder Parlamentarismus gespielt werden, wie in alten Zeiten unter wohlwollender gemittelter Opposition der Sozialdemokraten, die mit jedem Wort, das ihnen über die Lippen kommt, die Arbeiterschaft verraten und verkaufen.

Was ist geschehen? Der Gummihüpfel der Polizisten herrscht im hallischen Stadtparlament. Die kommunistische Fraktion ist auf Grund einer willkürlichen, selbst dem bürgerlichen Gesetz widersprechenden Art und Weise von den Sitzungen ausgeschlossen worden. Gestern wollte man die erste Sitzung unter sich abhalten. Am Eingang des Stadtverordnetenhauses waren uniformierte Saadiener aufgestellt, die jeden Genossen am Betreten des Hauses hindern sollten. Herulliche Schuppoelastiken bildeten Spalier — man hatte sich die „brauchbarsten“ herausgesucht —, um durch ihre Inzisionsgriffe den Stadtverordneten das Eindringen zu verwehren.

Aber unsere Genossen durchdrangen geschlossen die Pforten und lehrten sich nicht an die Aufforderung der Schupo, das Gebäude zu verlassen.

Sie wollten eine Erklärung abgeben und setzten sich ruhig auf ihre Plätze, um den Beginn der Sitzung abzuwarten. Im Saal war niemand sonst. Die Mitglieder des Ordnungsbundes hatten es vorgezogen, sich im Vorraum zu postieren und

das auf der Straße stehende Schupo-Kommando herauszuwinkeln. Gleich darauf stürmte die Schupo in den Saal und stürzte sich auf unsere Stadtverordneten. Die Genossen Kilian und Kuschbausch, die in ihrer Eigenschaft als Stadträte gar nicht ausgeschlossen werden konnten, wurden von der Kunge-Meute ergriffen. Kuschbausch wurde von drei Schupos gepackt, in eine Ecke gedrückt und gewürgt. Der Genosse Kili, der die Beamten aufklären wollte, wurde verhaftet, aus dem Saal geschleppt und mit der Drohung, man werde ihm Handfesseln anlegen, fortgebracht. Dem schwerverletzten Genossen Freund war der Dank des Vaterlandes gewiß: Schupo packte ihn und schleppte ihn aus dem Saal. Die beiden Genossen trieb man unter fortwährendem Fucheln mit dem Gummihüpfel vor sich her. Auf dem Weg vor dem Rathaus waren Vorkehrungsregeln getroffen worden, als gelte es, gegen eine Rote Armee zu Felde zu ziehen. Das Bürgerpatrol fürchtete mit Recht die Fäuste der streikenden Bauarbeiter. Als die Menge vor dem Rathaus immer weiter answoll, wurde die Schupo mit Karabinern und Granatgranaten ausgestattet. In das alte Rathaus hatte man ein Maschinengewehr gebracht. Die Tribüne des Hauses war mit Kriminalbeamten gespickt. Stahlfelmer bewickelten die freien Plätze.

Die Aktion des Truwmrats Steinbrück-Busse-Kaparek war gelückt. Der deutschnationale Steinbrück war es, der den eigentlichen intellektuellen Urheber für den Ausschluß bildete; Busse, der Freund der Röllischen, war sein williges Werkzeug, und der sozialdemokratische Feldwebel-Landrat A. D. Kaparek hatte Herrn Busse den Wind gegeben, sich Herrn Kunges zuverlässiger Schupo zu bedienen. Die Kaffenfront ist schon aufgeleitet. Drüben der „Vaterländische Ordnungsbund“ mit seinen sozialdemokratischen Handlangern — hüben die von der hallischen Arbeiterschaft bestimmten Vertreter des unheimlichen Klassenkampfes. Im Verlauf der Sitzung selbst kommt diese Aufmarschstellung schon zum Ausdruck:

ein einziger Sohn, ein einziger Schimpf gegen die Arbeitenden in den Betrieben, gegen die Erwerbslosen, gegen die Streikenden und selbst gegen die Proletarierkinder.

Dazwischen ereigneten sich Episoden, von denen jede einzelne wert ist für die Geschichte der Konterrevolution angedreht zu werden. Das Verhalten der bürgerlichen Pressevertreter war bezeichnend. Als sich die Gewaltschergen von Seiten der Schupo ereigneten, als Busse, der Rot gehörend, sich halb zitternd ins Plenum begab und eine Holzhammerparole, die Aufforderung zum Verlassen des Sitzungssaales an die Kommunisten zum drittenmal abschnarrte, war keiner dieser Herren zu sehen. Sie sind ja objektiv, sie wollen den Bericht nicht unterfalschen; aber was sie nicht erlebt haben, können sie ihren Feler-Schäfen nicht vorlegen. Und so haben sie nichts miterlebt. Erst als der Sturm sich gelegt hatte, traten sie auf den Plan, nicht ohne daß Kaparek den Genossen Kilian auf gemeinliche Weise beschimpft hatte.

In der Sitzung selbst wurden die Heidenstüchden der SPD. fortgesetzt. Es hegelte Gelschukritik und Heimatdienst-Müller ergriff die Berichterstattung der kommunistischen Zeitungen an, um sich bei der Bourgeoisie in empfehlender Erinnerung zu dringen. Es war freilich sehr leicht, da ihm nicht widersprochen werden konnte.

Oder glaubt der Sozialdemokrat Müller vielleicht, daß die Berichterstattung sich durch seine „proletarischen Neuerungen“ hineinziehen ließe, ihm die gebührende Antwort zu geben, mit dem Effekt, daß dann der von Busse angebotene Ausschluß erfolgen würde und niemand mehr da wäre, der die Schandtat dieses Paraments registrieren könnte?

Ja, Müller hat sich dagegen gewandt, daß man gewaltsam gegen die Kommunisten verfahren sei; aber nicht, wie er ausdrücklich betonte, weil die Kommunisten recht hätten, sondern um zu verhindern, daß Ruhe und Ordnung (slohd) gestört, und um zu ermöglichen, daß „Unzufriedenheit“ in der hallischen Arbeiterschaft verhütet werden. Das ist ja der eigentliche Zweck der sozialdemokratischen Präventivaktion überhaupt: den Arbeitern einen Broden hinzuwerfen, damit diese nicht selbst den ganzen Broden wegnehmen. Und diese Art der Realpolitik geht in dem Augenblick, wo der Broden nicht mehr genügt, dazu über, den Hunger des Proletariats mit blauen Bohnen zu stillen.

Hierhin gehört die Feststellung, daß dem Unabhängigen Kurbs von Busse das Wort entzogen wurde,

weil er angeblich nicht zur Sache sprach. Die Bürgerlichen und Sozialdemokraten, die von denselben Dingen redeten, sprachen zur Sache und hatten unbefristet Schimpffreiheit. Hierher gehört die Aufzeichnung der Tatfrage, daß die kommunistischen Dringlichkeitsanträge samt und

wobei der bürre Geheimrat Finger mit mitteldeutscher Wichtigkeit die Erklärung vorbrachte, man könne „aus Unzufriedenheit und Höflichkeit gegen die kommunistische Partei“ diese Anträge nicht beraten, da ja niemand zur Begründung anwesend sei. Es muß ferner registriert werden der Beweis, den die Sozialdemokraten sowohl wie die deutschnationalen für die Verbechtung des neuen bis zwölfstündigen Arbeitstages erbracht haben; daß die Sozialdemokraten die Kinbenarbeit im Prinzip anerkennen. Die Leute vom Bürgerblock haben sich Treue geschworen im Kampf gegen die Kommunisten, das ist ihr ganzes gemeinsames Programm. Die Sozialdemokraten sind — zumindest äußerliche — durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem demotokratischen Flügel dieses Ordnungsbundes verknüpft — also!

Arbeiter, Genossen!

Dieser neue Gewaltstreik der bürgerlichen Mehrheit weist unter den Proletariaten Halles den schärfsen, entscheidendsten Widerstand. Die Reaktion scheint sich einzubilden, daß sie hier nach Belieben mit Vertretern des revolutionären Proletariats umspringen könne.

Wir sind uns über die Absichten der reaktionären Gattens-treppenspolitiker und Profitsügger vollkommen klar. Was sie als den Anlaß des Konflikts bezeichnen, ist nur Form-sache. Der wahre Sinn der ganzen Aktion liegt in dem Bestreben der Kapitalisten und ihrer Helfershelfer, die Stimme des revolutionären Proletariats mundtot zu machen, um das Joch des Schwerkündigen gutachten mit allen seinen, bis in die letzte Gemeinde sich erstreckenden Auswirkungen ungehindert auf den Nacken des arbeitenden Volkes legen zu können. Proletarier Halles, macht diesen Schandplan zunichte. Bietet dem Aufmarsch der bürgerlich-sozialdemokratischen Reaktion und ihrer schändlichen Kuppelgarde die Stirn. Heraus zum Massenprotest am Donnerstag im „Volkspar!“

Gegen die Herrschaft des Polizei-Gummihüpfels im Rathaus!

Gegen die Vergewaltigung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion!

Nieder mit dem reaktionären Terror der Fasentreuzler über die Kommunisten!

Her mit dem revolutionären Terror des Proletariats über die Fasentreuzler!

Protest-Rundgebung im „Volkspar!“

Donnerstag, 3. Juli, abends 7½ Uhr

Zur Entwaffnungskomödie

Am gestrigen Vormittag hat der deutsche Botschafter in Paris die seit einigen Tagen angekündigte deutsche Antwort auf die von Herriot und Macdonald in Chequers verfaßte Entwaffnungsnote überreicht. Die Stellungnahme zu diesem neuesten Streich des Herren Stresemann wird verschieden sein je nach der politischen Auffassung, die man über die gegenwärtige Lage haben kann.

Die Haltung der Kommunisten ist sehr klar. Wir wissen, daß die tatsächlichen Organisationen in Deutschland in erster Linie Knüttelpfeiler der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat sind. Und wir wissen, daß ein neuer imperialistischer Krieg kommen kann, auch wenn keine "täglichen Militärorganisationen" da sind. Es wäre eine kleinbürgerliche "tägliche" Auffassung, zu glauben, daß der nächste Krieg von den hohen Bräuten himerverbrannter Ideologen, die sich als "Erretter Deutschlands" aufspielen, einzig und allein abhängt. Wir sind uns natürlich darüber klar, daß kriegerische Verwicklungen die schleunigst werden können, wenn die Nachläufer solcher Gehopplaten in übermäßiger großer Zahl auftreten und sich mit konkreten militärischen Aufgaben befassen. Inwieweit das zurzeit in Deutschland zutrifft, darüber möchten wir uns aus naheliegenden Gründen in Schweigen hüllen.

Die Entwaffnungskomödie, die jetzt der Welt vorgeführt wird, können wir mit überlegenem Spott betrachten, weil wir uns auf Grund unserer theoretischen Erkenntnisse vollständig einig darüber sind, daß die Bourgeoisie, in welchem "nationalen" Gewande sie auch auftreten mag, niemals daran denken wird, ernsthaft die Waffen abzulegen und sich passivsten Träumereien hinzugeben. Die interalliierten, um ihre Profite bestreuten Bourgeois mögen taubend Entwaffnungskommissionen schicken — deswegen wird die deutsche Bourgeoisie noch lange nicht ihre wölfischen Wirtelinge die Schöpfringel abnehmen und Endbordort nach Hause schicken.

An uns Kommunisten ist es, zu handeln. Wir werden bei einem neuen Kriege dafür sorgen, daß er sobald als möglich in den Bürgerkrieg umschlägt und aus ihm die proletarische Revolution als der einzige rettende Ausweg herozogt.

Anders sieht sich die Entwaffnungsnote an, wenn man sie vom Standpunkt des bürgerlich-sozialdemokratischen Mißmachers aus betrachtet.

Die schäufnerfreundliche Jahres-Regierung ist aus Leibeshäften bemüht gewesen, ihren Desnationalen und wölfischen Freunden auch in diesem Fall gerecht zu werden. Ob es ihr allerdings geglückt ist, das ist eine andere Frage. Man höre beispielsweise folgenden Absatz:

Die deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die Förderung der Erziehung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Diese Organisationen gehen aber bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur eine militärische, sondern auch einen hervorragend erzieherischen Charakter hatte. Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor dem Gelehen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden. Manche Erziehung der Gegenwart, die gerade eine Verwahrlosung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser militärischen Zucht und Erziehung zurückgeführt werden.

Die deutsche Regierung scheint wirklich zu glauben, daß Frankreich und England auf dem Mond liegen und höchsten alljährlich einmal mit der Erde im allgemeinen und Deutschland im speziellen in Kontaktverbindung treten. Die Reichsregierung tut wahrhaftig so, als ob es kein interalliiertes Spionagenetz über Deutschland gäbe, das bis in die Einzelheiten genau die Kabinette in Paris und London über die Vorgänge in den militärischen Organisationen der Wölfischen usw. unterrichtet. Ja, die Regierung muß sogar der Auffassung sein, daß man in London und Paris keine Zeitungen liest. Denn sonst könnte sie doch wirklich nicht behaupten, daß Stahlhelm, Wehrwolf und Jungbo einen hervorragend erzieherischen Charakter hätten, der die Jugend zur Achtung vor dem Gelehen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die Waffenverrentungen namhaft wölfischer "Jugendzeitschriften", die Klubberichte wölfischer Banbitten, Standarte wie der 11. Mai in Halle und schließlich die unaufhörliche Kette von politischen Mordelnden nur in Deutschland bekannt sind!

Unserer Auffassung nach werden die gerissenen Bourgeois in Paris und London in schallendes Hohnschlächter ausbrechen, wenn sie in der Entwaffnungsnote diese Meinung der Reichsregierung über "wölfische Zucht und Erziehung" lesen. Und mit ihnen wird man von einem Ende der Welt bis zum anderen vor Vergnügen geradezu beritten darüber, wie die hochweisen Diplomaten der deutschen Bourgeoisie wieder einmal genau das Gegenteil von dem tun, was dieser Bourgeoisie zuträglich wäre.

Die Sozialdemokraten und der mit ihnen verbündete bürgerliche Mißmachers werden gegen eine derartige Politik höchlich protestieren. Die Sozialdemokratie vor allem ist daran interessiert, daß die Kapitalisten zu einer Verhängung kommen. Und gerade sie wird es sehr bitter vermehren, daß die Reichsregierung in ihrer Note alles getan hat, um in Paris und London neue Schwierigkeiten zu schaffen. Es ist ja auch wirklich zu spahig, wenn man als schwarzrotergoldener republikanischer Ideologe in der Note zum erstenmal entdeckt, daß von einer ernsthaften Bewaffnung "gewisser politischer Verbände" (welch vorzügliche Umkleidekabine der Wehrwolfskumparelli) gar nicht mehr die Rede sein könne. Und schließlich werden unsere nach Ruhe und Frieden bedürftigen Sozialdemokraten sich darüber entrüsten, daß die Reichsregierung, vermutlich aus einer falschen Scham vor den wölfischen Ideologen sogar dem "linken Herriot und dem "linken" Macdonald eine Beugung gestiftet hat: Daß sie in eine neue Militärkontrollkommission einmündig, wenn es eine letzte Generalinspektion sei, die bis zum 30. September erfolgt sein müsse.

Vom Standpunkt des Kleinbürgers aus betrachtet, hat sich also die Reichsregierung wieder einmal mit der bekannte Käse im Korzellanladen benommen. Sie hat sich selbst außerordentlich kleinstädtisch aufgeführt, indem sie in ihrer Note keine klare Linie zu entwickeln verstand. Sie schwante hin und her: einerseits — andererseits. Sie leugnete offen zutage liegende Dinge einfach ab und auf der anderen Seite hellste Anforderungen, für die alle Voraussetzungen fehlen. Ihre Politik ist ein bezeichnendes Abbild der innenpolitischen Verhältnisse.

Darhin schon haben wir gesagt, daß die Kommunisten in keiner Weise an dieser lächerlichen Komödie ernsthaft interessiert sind. Das Proletariat hat von dem Wehrwolfen-Kuhhandel nichts zu erwarten. Es muß sich im Gegenteil darüber klar sein, daß die Bourgeoisie und ihre Selbsterlöser diese passivistisch maskierten Diplomaten-Schachzüge dazu benutzen, um die Proletariat, das Kationenfutter des nächsten Weltkrieges, über den wahren Stand der Dinge hinwegzutäuschen, einzutullen und so gegebenenfalls wieder ein williges Werkzeug für die Massenmächtereien um des Profites willen in der Hand zu haben. Wir Kommunisten werden angesichts dieser Entwidlung dem Proletariat immer wieder sagen, daß es sich nur dann retten kann, wenn es dem imperialistischen Krieg die proletarische Revolution entgegenstellt.

Presseklimmen zur deutschen Note

Die Berliner republikanische Presse hat es bis jetzt nicht gewagt, die Note in ihren Einzelheiten zu behandeln. Sie bezeichnet sie als ein lauslich-hässliches Schreiben und betont dann die "aufgehobenen Kräfte" (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold), die jetzt in Deutschland am Werke sind. Die schmerzhafteste Sallung der Regierung wird also vom "Berliner Engelstakt" und der "Wölfischen Zeitung" hilflos würgend in Kauf genommen. "Mitteldeutsche Kurier" (Halle) in seiner heutigen Nummer. Er schreibt:

Die deutsche Regierung hat trotzdem, als sie die Antwort auf die Note Herriots und Macdonalds abfaßte, auch der Opposition im Inneren Rechnung tragen wollen. Statt alle innerpolitischen Einwände den außenpolitischen Notwendigkeiten unterzuwerfen, hat sie in der Note auch jene Stimmungsbildungen laien, die ein Recht vorliegen haben. Man hört es deutlich aus den langen Sätzen des nicht gerade vorbildlich abgefaßten Schriftstückes heraus, daß in der Reichsregierung selbst die Meinungen geteilt waren und daß Gegenliebe überdrückt werden mußten. Wozu brauchen wir die Entente die erlebtesten Wirkungen der Wehrpflicht vor Augen zu führen? Haben wir noch immer nicht Erfahrung genug darüber, daß gerade auf diesem Gebiete auch wohlmeinende Worte einer deutschen Regierung von der Pariser Presse falsch ausgelegt werden? Es ist sehr zu beklagen, daß auch dieser Rufus von der Presse Poincarés gegen die Deutsche Republik ausgenutzt wird. Es war immer überflüssig, erneut auf die Entwidlung hinzuweisen, die die Politik Poincarés in Deutschland hervorgerufen hat. Poincaré ist ja geflohen, unter keinen Umständen aber die Politik des Reichsministeriums den Wölfischen geben dürfen, als ob die Demonstrationen der Reichsverbände mit Poincaré entscheidend wolle. Wenn die Regierung überhaupt diesen Gedanken verwerten wollte, müßte sie sich nicht nur allgemein gegen den Krieg aussprechen, sondern auch die Treueorganisationen ganz unabweislich ablehnen. Der Walfakt, mit dem die beherrschende Antwort beschnitten wurde, wird uns augenblicklich auf keinen Fall nützen, und imperialistisch die Desnationalen doch nicht befriedigen.

Es ist bezeichnend, daß gerade jetzt, wo ganz neue Kräfte das Schicksal Europas werden wollen, die deutsche Außenpolitik so wenig Geschicklichkeit und Entschlossenheit bewahrt. Die Demokratisierung Europas, die Herriot und Macdonald als Ziel ihrer Arbeit (1) proklamieren haben, kann von Berlin aus nur beschränkt werden. (1) Festlich darf denn die Reichsregierung nicht nicht von den Desnationalen beeinflusst lassen! Die Politik der Verheißung kann uns in diesem Augenblick nichts nützen.

Der "Mitteldeutsche Kurier" mag bei seinen Illusionen bleiben, wenn er glaubt, der Reichsregierung Rathschläge erteilen zu müssen. Vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen, hat das Blatt natürlich recht mit seiner Kritik. Die deutsche Note ist nicht dazu angetan, die russischen Verhandlungsverhandlungen zu erleichtern. Aber gerade in dieser Lausche liegt wiederum ein ständiger Beweis für den Zerfallswort des Völkertums, das zu einer einheitlichen klaren Politik selbst in beabsichtigtem Umfang nicht mehr kommt.

Held als bayrischer Ministerpräsident gewählt

Die Sitzung durch die Kommunisten gesprengt

München, 30. Juni.
Der bairische Landtag trat am Sonnabend zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen. Der Kommunist Böhm sprach vor Eintritt in die Tagesordnung über die Verfassung des unteren Bruch der Immunität verhafteten Abgeordneten Genosser Günter selber. Er läßt sich auch von den Rednerinnen, der ihn am Sprechen hindern wollte, nicht unterbrechen und redete weiter, so daß der Präsident genötigt war, die Sitzung abzubrechen.
Erst in der zweiten Sitzung gelang es, die Wahl vorzunehmen. Held erhielt von 107 abgegebenen Stimmen 68. Die Kabinettsbildung soll am Dienstag vorgenommen werden.

Oberschlesische Reichstagswahl unglücklich

Berlin, 28. Juni.
Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat heute auf Grund des Protestes der Wirtschaftspartei gegen die Nichtzulassung ihres Kreiswahlvorschlages für Oberschlesien durch den Kreiswahlleiter in Döppeln, folgendes Urteil gefällt:
Die Wahlen im Reichswahlkreis IX Döppeln werden für ungültig erklärt, es müssen Neuwahlen stattfinden, da sich nicht feststellen läßt, welches das Ergebnis der Wahlen gewesen sein würde, wenn sie ordnungsmäßig vollzogen gegangen wären. Die Nachprüfung hat ergeben, daß die Zurückziehung des Wahlvorschlages der Wirtschaftspartei im Kreise Döppeln nicht hätte erfolgen dürfen. Eine Rückwirkung der Ungültigkeitserklärung auf Breslau und Gloggnitz kommt nach Ansicht des Gerichts vorläufig nicht in Frage.
Durch dies Urteil gehen die ober-schlesischen Mandate verloren. Es handelt sich um unsere beiden Genossen Kadach und Tenzel und die drei Zentrumsmänner Ullrich, Ehrhardt und Zipper, sowie um den Desnationalen Walf.

Diese Ungültigkeitserklärung ist unabweislich als Schlag gegen die Kommunisten gedacht. — Es ist mehr als wahrheitsfalsch, daß in einem anderen Wahlkreis bei ähnlichen Verhältnissen die Ungültigkeitserklärung nicht erfolgt wäre. Da das "schwarze Oberschlesien" keine proletarischen Kräfte befreit und sich unter die Flagge der kommunistischen Revolution gestellt hat, verläßt die Bourgeoisie derartige Schritte, die ihr nichts nützen werden.

Die Kommunisten fordern ein Arbeitszeitgesetz

(Stg. Draht), Berlin, 1. Juli.
Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag einen ausführlichen Gesetzentwurf über die Arbeitszeit vorgelegt. Die sogenannten Arbeitervereine von der Sozialdemokratie und ihre Patronen, die Vertreter der industriellen, agrarischen und staatlichen Ausbeuter werden also Gelegenheit bekommen, zu der Arbeitszeitfrage Stellung zu nehmen. Die Deutsche aller dieser Kontrerevolutionäre wird jetzt praktisch entthront werden. Der Gesetzentwurf be-

trifft als Marximarbeitstag acht Stunden Arbeitszeit, einschließlich halbtägiger Pause, vor Sonn- und Feiertagen sechs Stunden. Für besonders gefährliche Industriezweige gleichfalls sechs Stunden, ebenso für die jugendlichen Arbeiter und Gefirngte. Der Gesetzentwurf sieht energische Strafbestimmungen vor und überweist den Betriebsräten die Pflicht für fristige Durchführung der beantragten Gesetzesbestimmungen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Hannover, 30. Juni.
Die Misburger Zementarbeiter nahen in einer Verammlung scharf gegen die Entwidlung ihres Genossen Dange aus Breitenberg, durch Stahlhelme Stellung. Es kam zum Ausbruch, daß gegen den Stahlhelm und das mit ihm verbundene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und das mit ihm verbundene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit aller Kraft angekämpft ist und daß die Schaffung eines "Roten Frontkämpfer-Bundes" mit allen Mitteln beabsichtigt werden muß.

"Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" und "Ludendorff-Stahlhelm" finden sich im gemeinsamen Kampfe gegen die Revolution. Sie werden bei allen kommenden Auseinandersetzungen gemeinsam die Arbeiterkraft kämpfen. Die deutsche Arbeiterkraft kann sich durch Schaffung ihres eigenen Frontkämpfer-Bundes, des "Roten Frontkämpfer-Bundes", die Arbeiterorganisation gegen den verbündeten Faschismus schaffen.

Die rheinischen Desnationalen für den Dawes-Plan

(Von unserem Korrespondenten)

Ahn, 29. Juni.
Die kommunistische Partei hat seit Beginn der Auseinandersetzungen über das Sadowersündigungsquodaten darauf hingewiesen, daß die Opposition der Desnationalen, abgesehen von einigen wenigen rechtsradikalen Gruppen, nur eine Scheinopposition ist. Die Ereignisse gehen dieser Auffassung recht. Was Herjt und seine Freunde in den letzten Wochen gemacht haben, war eine Politik für den Dawes-Plan, mit patriotischen Winkelzügen natürlich. Aber insgesamt betrachtet zeigte es sich, daß die maßgebenden Leute der Desnationalen ihren Frieden mit dem Gutachten gemacht haben und lediglich die demüthig angelegte Distinktion über die Kriegsschuldfrage denken, um ihren Wälfen Sand in die Augen zu streuen. Sie reben vom Kampf gegen die Schuldfrage, von einer Ehrenklausel im Gutachten und ähnlichen an sich ganz belanglosen Dingen mehr. Die Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtags in Düsseldorf haben nun erneut die desnationalen Realpolitik aller patriotischen Schleier entthront. In diesem Provinziallandtag wurde eine Entschließung angenommen, deren Kernstück wie folgt lautet:

"Der rheinische Provinziallandtag stellt nach Lage der Dinge die einzige Möglichkeit zur Erreichung dieses Zieles darin, daß die auf der Grundlage des Sachverständigenausschusses von der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen und Maßnahmen mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden."

Gegen diese Entschließung haben nur die Kommunisten gestimmt. Alle anderen Parteien, auch die Desnationalen, waren dafür. Ja, es ist von desnationaler Seite sogar erklärt worden, daß man anfänglich Bedenken zurückgestellt habe.

Das bedeutet eine zülfühnere Klärung der politischen Situation. Die Desnationalen stehen durchaus in einer Linie mit den von ihnen so oft geschmähten Mittelparteien. Die Tendenz des bitter bestämpften Erfüllungskabinetts Gerjt haben der desnationalen Opposition nur doch den Garau gemacht. Diese Partei bildet sich jetzt ebenfalls ein, daß das Gutachten tatsächlich ein Ausweg aus der Krise ist und die Stabilisierung der bürgerlichen Klassenverhältnisse gewährleistet.

Parallel mit dieser "politischen Mitarbeit" der Desnationalen läuft eine Karte Walf der Enttäufung und Ernüchterung durch die wölfischen Organisationen, gerade hier im Rheinland. Zwar ist die Aktivität dieser Leute hier besonders groß gewesen, aber der Walf ist trotzdem deutlich erkennbar. Das Verlangen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und die Kapitulation der Desnationalen befehligen diesen Prozeß, der für den Marxisten übrigens nicht unerwartet kam. Es handelte sich nur um den Zeitpunkt, wann der Zerfall im größeren Umfang beginnen würde. Das heißt allerdings nicht, daß man nur die wölfischen Organisationen unterdrücken soll. Solche Zerlegungsvorgänge brauchen lange Zeit und wölfischen ist nicht einheitlich. Sie können aber durch fortwährende Angriffe befehligen werden. Demgemäß müssen die Kommunisten größte Energie aufwenden gegen die Desnationalen (sowohl wie gegen die Wölfischen. Stoff ist wahrhaftig genug da.

Ein kommunistischer Pressevertreter rausgeschmissen!

Hafen, 30. Juni.
Bei der gestrigen Stadterordnungsung erklärte der Oberbürgermeister vor Eintritt in die Tagesordnung, daß ein Vertreter der "Kadener Arbeiterzeitung" im Saale anwesend sei. Er erlaube den Herrn, den Saal zu verlassen. Als sich der Kommunist Stahl, der Vertreter der "A.-Z.", meigerte, den Saal freiwillig zu verlassen, wurde er von zwei Polizisten abgeführt.

Genosse Dörr frei!

Der Führer der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament, Gen. Dörr, der vor einigen Tagen von der Polizei mit Gewalt aus der Stadterordnungsung geschleppt worden war, ist am Sonnabend wieder freigelassen worden. Der Oberbürgermeister beabsichtigt unsere Genossen des Hochverrats, weil er die Verantwortung für die am 13. April erschienene Nummer der "Roten Fahne" trägt, in welcher der Rufus der Zentrale, die nächsten Aufgaben der Partei" abgedruckt war.

Nur mit Blut

Zugbach, 29. Juni.
Der heilige Jungdeutsche Orden veranfaßt in Zugbach eine Sommerfeier mit anschließender Parade der Fahnenkreuzer. Der Großmeister des Jungdeutschen Ordens hielt eine Rede, in der er erklärte, der Jungdeutsche Orden müsse die heutige Staatsform auf das höchste bekämpfen. Wir müssen uns zu allen Schemen, eine Verhängung mit unsern Gegnern leisten wir ab. Wenn die Zeit gekommen ist, können wir nur mit Blut alles wieder gutmachen." An dieser Veranstaltung nahm eine Reichswehrkapelle in Uniform teil. Die republikanische Reichswehr wirkt weiter bei monarchistischen Kundgebungen mit, die offen zum gewaltsamen Sturz der Ober-Republik aufrufen. Die Staatsanwaltschaft wird natürlich nicht einschreiten, denn es handelt sich nicht um Gewaltfeiern von Proletariern, sondern um Faschisten-demonstrationen.

Das preußische Justizministerium unter kommunistischem Kreuzfeuer

(Eigener Bericht)

Berlin, 30. Juni.

Bei Beginn der Montagsitzung des Reichstages verlas zunächst Genosse Meyer einen Protest über die Verletzung der Immunität von mehreren Abgeordneten bei der polizeilichen Verhaftung des Arbeiterkongresses in Eisenach. Die Angeordneten wurden ohne Vernehmung mehr als fünf Stunden festgehalten, die Mappe des Genossen Meyer mit Landtagsmaterial in seiner Abwesenheit durchsucht und die Abgeordneten beschimpft und mit besonderer Verachtung bedroht. Der Eisenacher Polizeikommissar Schuppert erklärte dabei ausdrücklich: „Da die Reichstags- oder Landtagsabgeordnete sind, ist mir gleich.“ Eine Brandmarke der Willkür der Landtagsverbrechen an den hiesigen Immunitätsverletzungen wurde durch den Justizrat Weiners verdeutlicht.

Sodann beantragte Genossin Wolff eine sofortige Behandlung eines kommunikativen Antrags auf Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ und der Preisverordnungen über die Preisverordnungen stellen die Montags- und Samstags aus den mitleidigen Seiten noch in den Schatten. Obgleich die bürgerliche Presse gegen die Verbote Stellung genommen hat, erhob sich aus dem bürgerlichen Lager Widerspruch gegen die sofortige Beratung.

Bei der fortgesetzten Einzelberatung des Justizrats sprachen fast nur kommunikalische Abgeordnete, unter deren Kreuzfeuer die Vertreter des Justizministeriums immer in die Enge getrieben wurden. Der am meisten angegriffene Dirigent des Strafvolkszugs Klein, dessen sofortige Entlassung die Fraktion mit allem Nachdruck forderte, hat wiederholt, doch wenigstens den „guten Willen“ des Justizministeriums angedeutet.

Bei den Ausgaben für die Strafvollzugsverwaltung forderten fünf unserer Redner bessere Behandlung besonders der politischen Gefangenen. In dem jetzigen Etat finden sich die Ausgaben für die Gefängnisse von 81 Millionen, aber nur vier Millionen, wobei die Gefängnisse noch besser besetzt werden als die Kerker. Spiess für bessere Verpflegung der Gefangenen und tarifmäßige Entlohnung der Gefangenenerbeiter traten an Hand von Einzelmaterial mehrere Redner unserer Fraktion ein.

Zu unseren Forderungen über erhöhte Forderungen für die aus der Straftat Entlassenen erklärte der Ministerialdirektor Klein, dass er mit der Tendenz einverstanden sei, aber hier die Mittel nicht zur Verfügung stehen. Weiter forderte unsere Fraktion Erhöhung für die Entschädigung der Geschworenen und für unzulässig erlassene Untersuchungsakten. Ferner verlangte die Fraktion

entschiedenes Vorgehen gegen das Spittelwesen,

das in vielen Fällen zu monatelanger Untersuchungshaft mit nachfolgendem Freispruch geführt hat.

Trotzdem die Parlamentsmehrheit durch rigorose Beschränkung der Redezeit die Kritik an der Justiz einschränken wollte, gelang es unserer Fraktion dennoch, bei der Einzelberatung, das Justizministerium wegen der ungeheuerlichen Willkür und der Gefahr vor Verantwortung zu ziehen und viele besonders traurige Fälle vorzubringen. Die Klausur des Justizministeriums, die wir auf diese Weise noch erzwangen, bekräftigten die Berechtigung unserer Kritik. So mußte angegeben werden, daß die Arbeitsbediennte nicht bis 30 Pfennig pro Tag (also zwei bis vier Pfennig pro Stunde) betragen und daß für Verpflegung im Höchstfalle 30 Pfennig ausbezahlt werden.

Auch am Montag schloß sich der Justizminister trotz wiederholter Anfrage über den Erfolg einer Amnestie aus.

Dann begann die Beratung des Handelsrats, wobei der Sozialdemokrat Kretsch über die Kommunen und gegen den Sozial- und Nationalbankrott. Andere Redner, Genossin Kaden, wies am Dienstag auf die kapitalistenfreundlichen Anträge hin.

Ein Antrag, das Verbot der Roten Fahne am Dienstag zu beraten, wurde wiederum mit den Stimmen der SPD abgelehnt.

Die Arbeiter dem Elend preisgegeben

Die Kartanfabriken Akt.-Ges. in Groß-Sachsen hat ihren Betrieb in Groß-Sachsen eingestellt. Die Textilarbeiter Hermann Wäniges Ehren Akt.-Ges. in Gersdorf gibt bekannt, daß sie den Betrieb auf eine vierstellige Arbeiterzahl einschränkt. Die Arbeiter Metallindustrie, zu der das Eisenwerk Auen A.G. und die Anstaltshütte A.G. gehören, schießt vorläufig ihre Betriebe ganz. Die Akt.-Ges. Schwanhof legt ihre Betriebe in Schwanhof und Wilsdorf still und hat die Arbeiter entlassen. Die Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte Akt.-Ges. hat einen großen Teil der Belegschaft ihrer oberbayerischen Werke entlassen. Die Kleinanwaltschaft Akt.-Ges. in Gersdorf arbeiten nur einen Tag in der Woche.

Die Metallwerke des Unternehmens nicht immer weitere Kräfte, Hunderttausende und Millionen werden nur ihr betroffen und ins Elend gedrückt. Angesichts dieser Situation erweist sich die Kontrolle der Produktion als eine brennende Lebensfrage der Arbeiterklasse. Dafür müssen die Arbeiter kämpfen. Keine politischen Klagen werden die Unternehmer überzeugen können, nur der mit Entschlossenheit geführte Gegensatz der Arbeiterklasse wird sie niederswingen.

Die Betriebsstilllegungen im oberschlesischen Montanrevier

Genossin „Industriekritik“ haben sich die Stilllegungen in der „Bereinigten Königs- und Laurahütte“ wie folgt vollzogen:

Am 5. April das Stahlwerk, am 2. Mai das Stabeisenwerk, am 5. Mai der Hochofenbetrieb, im 16. Mai das Feinblechwerk, das Walzwerk für nachfolgende Röhre, das Patent-Rohrwerk und die Gießerei. Andere Betriebsstilllegungen sind bisher nicht erfolgt.

Auch besteht noch keine Klarheit über weitere in nächster Zeit stattfindende Stilllegungen in der oberschlesischen Eisenindustrie, da dies von dem Umfang der in Aussicht genommenen Staatsaufträge an die Eisenindustrie abhängen wird. Dagegen mußten in fast allen Eisenhüttenabteilungen Betriebsbeschränkungen in einem Ausmaß von zwei bis vier Prozent in den wichtigsten vorgenommen werden. Die Stahl- und Walzwerke der oberschlesischen Eisenindustrie arbeiten fast ausschließlich mit 50 Prozent ihrer normalen Leistungsfähigkeit. Auch der Bergbau arbeitet mit mehreren Prozent in den wichtigsten. In der Zinkindustrie sind bisher nur in einigen Hütten als Folge des außerordentlich tiefen Schwefelkohlensäurepreises Feuerstätten eingestrichelt worden.

Ausperrung im Leipziger Baugewerbe

Leipzig, 30. Juni.

Nachdem die Arbeit in den betroffenen Betrieben zu der Donnerstag mittags beschlossenen Frist nicht aufgenommen worden ist, hat die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber des Baugewerbes im Leipziger Bezirk ihre Mitglieder angewiesen, am Freitag, dem 27. Juni, abends, ihre Betriebe zu schließen und sämtliche organisierte Bauarbeiter zu entlassen. Diesem Beschluß sind die Unternehmer nachgegeben, so daß seit Sonnabend die Arbeit im Baugewerbe ruht.

Der Kampf im Baargebiet

Die Richtung der Dillinger Hütte und die bürgerliche Presse verurteilen am Sonntag einen Streik, um Bewehrung unter die Streikenden zu bringen. Sie drohte mit Entlassung, falls die Arbeit am Montag nicht wieder aufgenommen wird. Der Streik für den 2. Mai, am Sonntagmorgen die Streikleitung und die Mitglieder der Streikverwaltung durch ein Aufgebot von 25 Bandagieren aus dem Bereich entlassen. Auch leistete er die Schreibmaschine und den Vertriebsfähigkeitsapparat an die Polizei aus.

Trotz des verfluchten Polizeikommandos am Montagmorgen, das mit schwebereiter Karte, wurden nur zwölf Mann von 7000 Arbeitern zu Streikbrechern. Ein Mitglied der Streikleitung wurde verhaftet, weil es Kampffeld herausgegeben haben soll. Einem anderen Streikführer wurde der Aufenthalt in Dillingen verboten. Die Dillinger Arbeiter verlangen Entlassung der Polizei; falls das nicht geschieht, werden noch andere Gabeln in den Kampf eintreten.

Die Ausperrung der mitteldeutschen Zimmerer und Bauarbeiter

(Eig. Draht.) Saarebrücken, 1. Juli.

Halle, 1. Juli.

Seit vielen Wochen schon befinden sich die Bauarbeiter Halle, wo die fast des ganzen bürgerlichen Deutschlands in einer Volksbewegung die Arbeit verweigern. Die Arbeiterzahl von 85 Pfennig, der jedoch noch von den Unternehmern die Entlohnung der Schlichter in Fahrt abgezogen wurde, wies am 6. Juni sogar in einem Schiedsgericht bestimmte, daß die Maßnahme (82 Pfennig) für Juni beibehalten sollten. Diese schroffe Herausforderung verlegte die Bauarbeiter in große Erregung. In mehreren Zimmern trafen am 16. Juni hiesiger Kreis aus, welche vom Unternehmernverband, der die von den Bauarbeitern und Zimmerern geforderte örtliche Verhandlung abgelehnt hatte, mit der allgemeinen Ausperrung beantwortet wurde. Seit über einer Woche

Der Reichsarbeiterkongress aufgelöst!

Ein neuer Gewaltstreik der Reaktion

Eisenach, 30. Juni.

Getrennt sollte in Eisenach der Reichsarbeiterkongress illegal tagen. Das Verbot des Reichsinnenministers Dr. Jarres erfolgte, als bereits alle Delegierten schon auf der Fahrt zum Kongress waren. Die Teilnehmerzahl der Kongresses war aus Sicherheitsgründen auf ein Drittel der gewählten Delegierten beschränkt worden, damit der Kongress nicht einen allzu großen Umfang annahm. Trotzdem waren ca. 500 Delegierte aus allen Teilen des Reiches anwesend.

Die Polizei, die durch ihre Spindel vom Kongress erfahren hatte, besetzte in den Morgenstunden die umliegenden Häuserzüge. Da eine Warnung, die in der Nacht vorher einlief, zu spät übermittelte wurde, konnte der Kongress gegen zehn Uhr morgens von einem großen Aufgebot Landespolizei und blauer Polizei überfallen werden. Einmalige Teilnehmer wurden verhaftet, auf eine Anzahl Reichstagsabgeordneter und preussischer Landtagsabgeordneter. Unter Bruch der Immunität wurde die Mappe eines Abgeordneten beschlagnahmt. Die Massenverhaftungen brachten die ganze Stadt Eisenach in ungeheure Aufregung.

Der bekannte sozialistische Scharfmacher aus der Reichswehrzeit, Polizei-Deputationsrat S a n n p e r t, erklärte dem Reichstagsabgeordneten Kretsch, „es wäre ihm gleichgültig, ob dieser Reichstagsabgeordneter oder Himmelsabgeordneter sei“ und ließ ihn in Einzelhaft sperren. Der Hauptmann F i n l und der Landespoleizführer bezeichnete die Abgeordneten als „Gefährlich“ und entsetzte ihnen, sie liehen hier nicht Abgeordnete, sondern Verhaftete. Er ließ sie durch schwerbewaffnete Kavallerie führen.

Gegen Abend wurden die verhafteten Delegierten in Truppen zu ihren Zügen abgeholt. Größere Menschenmassen begleiteten den Aufzug. Unter dem dröhnenden Gelang der „Internationale“ sahen die Züge aus dem Eisenacher Bahnhof in alle Teile Deutschlands hinaus. Das Eingreifen der Polizei der Saitler und Jarres gegen den Reichsarbeiterkongress wird im ganzen Reiches schrecklich das Gegenstück der Wirkung hervorgerufen, als sie bei den bürgerlichen Herr Jarres durch eine Beschränkung des Kongresses wollte.

Nur ein Teilnehmer des Kongresses blieb in Haft. Verhandlungen der Teilnehmer durch die Polizei sind nicht erfolgt.

Zweimal hat Herr Jarres den Reichsarbeiterkongress verboten auf Grund der Ober-Annahme-Berordnung vom 28. Februar 1924. Und als ein Spiegel die illegal geplante Tagung am 29. Juni in Eisenach der Polizei denunzierte, wurde der Kongress, kaum eröffnet, mit Hilfe eines riesigen Polizeiaufgebotes auseinandergejagt bzw. sämtliche Teilnehmer verhaftet und nach Stundenlangem Festhalten einem hochpolitischen Verhör und einer Reibevision unterzogen. Die Polizeiführer haben dabei selbst die Immunität der Reichs- und Landtagsabgeordneten nicht respektiert.

Denn das Verbot des Arbeiterkongresses und erst recht dessen gestaltliche Störung durch die Schupo und die Massenverhaftung ist von A bis Z ein ungeheurer Gewaltakt, der selbst durch die Ober-Berordnung nicht gerechtfertigt werden kann. Denn auch die reaktionäre Ausnahmeverordnung verbietet nicht Versammlungen und Konferenzen von Betriebsräten und Betriebsdelegierten. Doch die Herrschaften können ihre Macht nur noch behaupten, wenn sie selbst ihre eigenen Gesetze als einen Reigen Papier behandeln. Die Kommunisten haben keinen Anstoß, diese von den höchsten Behörden des Staates ausgesuchte „Gefährlichkeit“ zu behaupten, zeigt dies doch der Masse des Volkes, daß diese Gesetze nur etel Lug und Trug und nur für die Dummen geschaffen sind.

Was sollte, was wollte der Arbeiterkongress?

Die Abhaltung eines Arbeiterkongresses wurde schon beschloßen auf der Weimarer Konferenz im November 1923, um zum Beispiel, weil trotz aller Verordnungen des Proletariats, trotz Beschränkung des Aufnahmestandes, Lohnabnahme, Beschränkung aller Arbeiterrechte und trotz des Ausnahmestandes, Militäräquator und Wäters der schlimmsten faschistischen Reaktion die Gewerkschaften nicht nur vollkommen verfallen, sondern ihre Führer direkt in das Lager des Kapitals und der Reaktion abzuwandern. Daraus entspringt in den Massen ganz impulsiv der Wille, den Kampf und den Widerstand des Proletariats selbst zu organisieren und in die Hand zu nehmen.

und dadurch über 3000 Bauarbeiter und Zimmerer angestellt. Ihren Forderungen hat sich sogar der Bauarbeiterverband angeschlossen.

In Hamden, A. L. Eisenach, Weimern und Dillau haben die Ausperrungen an die Gewerkschaft den Antrag auf Streikung von Lebensmitteln und Steuererhöht geküßt. Der Bauarbeiterverband und der Zimmererverband zahlen Streikunterstützung, während der „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ vergangene Woche pro Mann zwei Reich und ein Pfund Geld verteilt hat. Die Stimmung der Kampfbereiten ist sehr gut.

Massenarbeitslosigkeit in Mecklenburg

(Eig. Draht.) Schwerin, 30. Juni.

Die Maschinenbau-A. G. Benno Schilde hat allen Arbeitern mit Einfluß von circa 30 Lehrlingen die Kündigungen vom 12. Juli übergeben. Von dieser Entlassung werden annähernd 150 Arbeiter betroffen.

Die Badenia hat gleichfalls 50 Entlassungen vorgenommen.

In anderen Betrieben ist die Situation genau so. Man sieht vor Entlassungen größten Umfanges, weil die Betriebe ihre Tore vollständig schließen. Mit der Begründung der „außerordentlich erlitten wirtschaftlichen Lage“ geht das Unternehmern gegen die Arbeiter vor. Das sind die Folgen jener Reichs- und Landespolitik mit dem internationalen Kapital, die die Sozialdemokraten nicht hoch genug preisen können und die die Arbeiter in voller Wucht trifft.

Der Streik der Jährenshäuser Nadelarbeiter

(Eig. Draht.) Görlitz, 30. Juni.

Seit acht Wochen steht die Nadelarbeiterin von Jährenshäuser (Zehringen) im Kampf gegen das Unternehmern, das 15 gewerkschaftliche und politische Funktionen auf die Straße werfen wollte. Der Kampf wird trotzdem die Unterstützung der Jähren und des Dreiseher-Ausschusses der Thüringer Arbeiter die große Art und Entschlossenheit natürlich nicht vollkommen beheben kann, außerordentlich Energie geföhrt. Schon sind die Arbeitgeber sehr schüchtern geworden. Sie wollen nur noch jedes ihrer gefährlichen Gesetze aus dem Bereich werfen. Die Arbeiterklasse jedoch ist gemäßigt lange auszubehalten, bis sämtliche Rechte wieder eingeleitet werden.

Die Aufgaben, die der Arbeiterkongress zu erfüllen hatte, sind inzwischen noch bedeuten gemacht. Das internationale Kapital einschließlich der deutschen Bourgeoisie hat unter dem Namen „Schweizerkongress“ einen Pakt geschlossen mit dem ausschließlichen Zweck, das deutsche Proletariat noch mehr und noch isolierter als bisher auszubehalten und die Profite des Kapitals zu sichern. Und genau ihrer Vertreterrollen stellen sich auch hier die Gewerkschaften im Grunde mit der SPD, auf die Seite des Kapitals gegen das Proletariat, indem sie dem Streikengünstigen von Dames nicht nur zustimmen, sondern ihre ganze Macht, ihren Eifer, und Verleumdungsapparat einbringen, um die Durchführung der geplanten Anbindung der Arbeiterklasse dem Kapital zu führen.

So war es die erste Aufgabe des Arbeiterkongresses, eine eigene proletarische Front zu schaffen gegen die vereinigte Reaktion und Ausbeuterklasse der Kapitalisten und Unterdrückter Proletariats, und das Proletariat nicht nur in Zukunft, sondern auch im internationalen Kampfe zum Kampf zu führen und die Durchführung des Dames-Planes unmöglich zu machen. Die Jarres und die Gesellen vom ADGB, sie wüßten sehr wohl, daß, wenn das Proletariat einig und geschlossen vorgeht, wenn es jede Gelegenheit benützt, um alle Stützen der Arbeiterklasse, die Beamten, die Eisenbahner, die Industrie- und Landarbeiter zu mobilisieren und den Kampf ummitten, an eine Durchführbarkeit des Reparationsplanes nicht zu denken ist. Also der Kampf um die eigene Existenz, der Kampf gegen die englische Verfassung, das sollte mit dem Verbot des Arbeiterkongresses verbunden werden.

Aber noch mehr: die Gewerkschaften sind unter ihrer heutigen Leitung, unter Führung der Seipart, Gschmann und Kontorien zu einem Instrument des Kapitals gegen die Arbeiterklasse geworden. Die Gewerkschaftsbürokratie liebt: „Die Kommunisten wollen auf dem Arbeiterkongress die Gewerkschaften heilen, sie wollen neue Gewerkschaften gründen, das ist Hochverrat!“

Die revolutionären Betriebsräte und Delegierten des Arbeiterkongresses wollten, das wissen die Kapitalistengehälften des ADGB, sehr gut, keine Gewerkschaften heilen und keine neuen Gewerkschaften gründen, aber sie wollten die organisieren und unorganisierten Proletariat zusammenschließen zu einer Front und zu äußerem Widerstand auf dem Boden des Massenkampfes gegen den Willen und Widerstand der Sozialdemokraten.

Nicht nur den Reformisten, sondern auch dem Kapital mit Jarres an der Spitze bangt es vor dieser Aktualität. Sie fühlen sich aus sehr verständlichen Gründen bedroht, die Macht und den Einfluß der Vertreter an der Spitze der Gewerkschaften zu verlieren und zu erhalten. Und die Befestigung dieser Stellen von der Führung der Arbeiterklasse, das ist Hochverrat gegen das Kapital. Allerdings dieses „Hochverrats“ erkennen wir uns schuldig, und wir müßten durchgeführt werden. Diese Vertreter werden befristet werden von der Führung der Arbeiterklasse, trotz Jarres, trotz unbedingtem Verbot von Arbeiterkongressen, trotz noch größerer Massenangebote der bewaffneten Macht.

Je größer und brutaler der Einbruch der kapitalistischen Staatsmacht für die Gewerkschaftsbürokraten und die SPD, um so besser werden die Massen, daß diese Gesellschaft genau so gut wie die überwindende Mehrheit des Proletariats von diesen Vertretern abheben und erkennen, daß ihr Wille ist in der Front des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei.

Der Arbeiterkongress ist verboten; er ist von den Polizeihörigen auseinandergejagt und seine Teilnehmer zeitweilig verhaftet worden. Dadurch mag für den Augenblick die Bildung und Organisation der geschlossenen Front des rückwärts des Kampfes gebremst sein, er aber keinesfalls aufgehoben. Im Gegenteil, die Proletarier werden und müssen daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß das, was die Aufgabe des Arbeiterkongresses war, nun doch und erst recht mit allen Mitteln durchgeführt werden muß. Deshalb: härteren Kampf und Widerstand gegen den Schwerehändigsten, gegen Beamtenabba und Arbeiterentlassung, gegen Reaktion und Faschismus und gegen die reformistische Vertreterpolitik. Zusammenfassung und Mobilisierung aller Proletarier, der noch in den Gewerkschaften organisieren, wie der unorganisierten, am Ort, im Bezirk, wie im ganzen Reich, - das muß die Parole und die unmittelbare durchzuführen Aufgabe jeder einzelnen revolutionären Proletarier sein. Trotz alledem!

Saison-Räumungs-Ausverkauf!

Beginn Dienstag, den 1. Juli

Wir tragen der augenblicklichen Wirtschaftslage Rechnung und beabsichtigen außerdem, möglichst den größten Teil unserer riesigen Warenlager vollständig zu räumen. Daher haben wir

ohne Rücksicht auf den Selbstkostenpreis

die meisten Artikel im

Preise gewaltig herabgesetzt

697

Es dürfte sich selten wieder eine so außergewöhnlich vorteilhafte Einkaufsgelegenheit bieten, dieselbe ist nur begründet durch die auf allen Kreisen lastende schwere Wirtschaftskrise

Reste aus allen Abteilungen spottbillig

Weißenfels
Größtes Geschäftshaus
am Plage

Emil Joske

Weißenfels
Größtes Geschäftshaus
am Plage

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Bergheldstr. 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. Unsere Vertreter stehen zu Diensten.

Unsere

Bezirks-Zentralbuchhandlung

einschließlich ihrer 12 Filialen im Bezirk Halle-Merseburg

veranstaltet für die Schuljugend vom 1. bis 12. Juli einen

AUSVERKAUF!

Märchenbücher

Bilder Grimms Kinder- und Hausmärchen	1,20
Reineke Fuchs	1,20
Musäus Volksmärchen	1,50
Grimm, Hans im Glück. Mit bunten und schwarzen Bildern	1,20
Grimm, Tischlein deck dich " " " " " "	1,20
Grimm, Frau Holle " " " " " "	1,20
Der Kinder Wundergarten, Märchen aus aller Welt " "	2,50
Anderen Märchen. Mit bunten Bildern	2,00
Der Schweinehirt und andere Märchen. Mit bunten Bildern	0,60
Hans im Glück und andere Märchen " " " "	0,60
Dornröschen und andere Märchen " " " "	0,60
Der Rattenfänger von Hameln u. a. Märchen " " " "	0,60
Das Achenbrödel und andere Märchen " " " "	0,60
Hänsel und Gretel und andere Märchen " " " "	0,60
Siebensöhn und andere Märchen " " " "	0,60
Bilder- und Malbücher für die Kleinen. Mit farbigen Vorlagen	0,20

Für die Schule

Ordnungsmappen	75 Pf.
Zeugnismappen	40 Pf.
Linienblätter (Format Quart und Folio)	3,5 Pf.
Farb- und Kopierstifte	10 Pf.
Kadierungummi	8 Pf.
Schieferkästen	30 Pf.

Große Auswahl in

Schreibwaren für den Hausbedarf

Breit-Briefumschläge, weiß, verschiedene Größen	1 Pf.
Kartenbriefe	1 Pf.
Kurzbriefe (Oktaformat, mit passenden Umschlägen)	2 Pf.
Patentarten mit Aufklebeadressen, je 10 Stück	15 Pf.

Küchenspitzen, farbig Meter	2 Pf.
---------------------------------------	-------

Trauerkarten und -Briefe in verschiedenen Größen und Qualitäten, sehr preiswert

Kampfliederbücher für Jugend- und Kindergruppen	25 Pf.
---	--------

Reiche Auswahl in Schöngestirter und Parteiliteratur

Papierlaternen für Kinderfeste

Runde und lange Form, buntfarbig	7,5, 15, 25 Pf.
Laternenstöcke	7,5 Pf.

Postkarten-Alben für Verlosungen

Format 23x28, für circa 200 Karten	35 Pf.
Postkarte-Album	75 Pf.
Schreibmappen, mehrteilig, mit Verschluss	200 Pf.

„Klassenkampf“-Leser! Dieses günstige Kaufangebot können wir nur solange halten, als der Vorrat reicht

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle a. d. S., Bergheldstr. 14

Erklärung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion

Die kommunistische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 2. Juni, nachdem alle ihre Mitglieder durch handschriftlich an Erbesohlt auf dem Überbürgermeister verpflichtet worden waren, auf Grund geschäftsordnungsmäßigen Rechts und unbezweifelnder vom Vorsteher der Versammlung in einer Erklärung die Grundzüge ihrer politischen Auffassung und die Richtlinien ihrer Bestätigung in der Stadtverordnetenversammlung bekanntgegeben. Sie stand nicht im mindesten im Widerspruch zu dem Inhalt der Verpflichtungserklärung, die Städteordnung und Geschäftsordnung anerkennen und die Interessen der Stadt wahrnehmen zu wollen.

Im Verlauf der beiden ersten Sitzungen hat die kommunistische Fraktion durch Stellung von Anträgen zugunsten der minderbemittelten Kreise der städtischen Bevölkerung und durch wiederholtes Eingreifen zur Aufrechterhaltung der Gemeindeverwaltungsmaßnahmen ausdrücklich die Beweise geliefert, daß sie auf dem Boden der Verpflichtungserklärung steht.

In der dritten Sitzung hat der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung zuerst die kommunistische Fraktion und dann ihre Mitglieder einzeln aufgefordert, die Erklärung vom 2. Juni zu widerrufen. Diejenigen Mitglieder der Fraktion, die sich weigerten, diesem rechtswidrigen Verlangen zu entsprechen, wurden bis auf weiteres von der Teilnahme an den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung ausgeschlossen. Eine Reihe weiterer Mitglieder der Fraktion, die bis dahin nicht ausgeschlossen waren, sind durch ein Schreiben des Stadtverordnetenvorstehers vom 24. Juni gleichfalls zur Zurücknahme der Erklärung der kommunistischen Fraktion vom 2. Juni aufgefordert worden.

Sie haben gleichfalls die unerhörte Zumutung, ihre politischen Grundzüge zu widerrufen, zurückgewiesen.

Sie haben indessen, um keinen Zweifel zu lassen, daß sie die gesetzlichen Vorschriften bei der Ausübung ihres Stadtverordnetenmandates anerkennen, dem Stadtverordnetenvorsteher in einem Schreiben vom 25. Juni mitgeteilt, daß sie die Bestimmungen der Geschäftsordnung und der Städteordnung ausdrücklich für sich als verbindlich anerkennen. Damit waren gesetzliche Hindernisse dem Stadtverordnetenvorsteher nicht mehr gegeben. Denn mehr als die Anerkennung der Städteordnung und Geschäftsordnung von einem Stadtverordneten zu fordern, ist der Stadtverordnetenvorsteher nicht berechtigt. Trotzdem ist auch gegenüber diesen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion die Ausübung von den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung bis auf weiteres verweigert worden.

Durch diese geschwändigen Maßnahmen, und da die Polizei auf Anweisung des Stadtverordnetenvorstehers gewaltsam aus dem Sitzungssaal entfernte, ist es den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion unmöglich gemacht, ihre Mandate auszuüben.

Dreißigtausend Kommunalwähler der Stadt Halle sind damit des Rechtes ihrer Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung beraubt worden. Die Fraktion der KPD, die erbebt gegen diese ungesetzlichen Gewalttaten des Stadtverordnetenvorstehers den schärfsten Protest und fordert von der Stadtverordnetenversammlung sofortige Zurücknahme der Ausschlußmaßnahmen gegen ihre Mitglieder. Sie erklärt noch einmal ausdrücklich, daß alle ihre Mitglieder die Vorschriften der Städteordnung und der Geschäftsordnung für sich als verbindlich anerkennen, daß sie aber die unerhörte Zumutung der Zurücknahme ihrer politischen Erklärung nach wie vor mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Dies um so mehr,

da von keiner anderen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung bisher der Verzicht auf die politische Weigerung verlangt worden ist.

Nicht einmal von den Deutschnationalen und Deutschhollischen, die sich ebenbürtigen die gegenwärtig geltenden Verfassungsgesetzungen nicht anerkennen.

Die Fraktion der kommunistischen Partei protestiert weiterhin nochmals gegen den Willkür ihrer Mitglieder bei der Bildung des Haushalt-Ausschusses, sowie anderer Ausschüsse und der Deputationen. Es kann nach dem klaren Wortlaut des ergänzenden Gemeindeverfassungsgesetzes vom 19. Juni 1919

kein Zweifel möglich sein, daß die Anwendung des Verhältniswahlsystems bei der Bildung der städtischen Ausschüsse und Deputationen eine zwingende Vorschrift ist.

Die kommunistische Fraktion erklärt, die Bestätigung der Stadtverordnetenversammlung durch den Vorsteher der versammelte und gleichzeitigen Maßnahmen gegen sie als rechtsmäßig nicht anerkennen zu können. Sie wird gegen die Maßnahmen des Stadtverordnetenvorstehers und der Mehrheit der Versammlung den Rechtsweg der Beschwerde beschreiten. Sie wird ihre Erklärung den zuständigen Behörden sowie der preussischen Staatsregierung unterbreiten, daneben aber die proletarische Wählerkraft aufzurufen, energische Maßnahmen zu ergreifen gegen den Rechtsbruch des Stadtverordnetenvorstehers und der bürgerlichen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung. Maßnahmen, die geeignet sein müssen, sobald als möglich die Verewaltigung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion und den freien Haub des kommunalen Selbstbestimmungsrechtes für den dritten Teil der städtischen Bevölkerung ein Ende zu bereiten.

Halle, 24. Juni 1924.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion

Die Erklärung der kommunistischen Fraktion, die Bussie vorgelegt worden war, wurde nicht einmal gelesen. Bussie gab in zwei Sätzen eine Inhaltsangabe — wie er sie aussah.

Sitzungsbericht der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Juni 1924

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Stadtverordnetenvorsteher Bussie bekannt, daß von der kommunistischen Fraktion eine Erklärung eingegangen sei, in der die Geschäfts- und Städteordnung anerkannt werde. Diese Anerkennung sei unvereinbar mit der zuerst abgegebenen Erklärung, die noch aufrechterhalten worden sei. Es sei daher nicht möglich, die Fraktion wieder zu den Sitzungen zuzulassen.

Genosse Kilian, der als Stadtrat der Verhandlung beiwohnt, bittet um Wörtchen. Was er gesagt wird, ob er als Stadtverordneter oder als Stadtrat sprechen will, ruft er: Ich verlange das Wort. In einem Saal, in dem der Polizeikommissär herrscht, habe ich nichts mehr zu suchen. Er verläßt mit dem Genossen Kupfberg den Saal. Der Demokrat Minner ruf: raus, raus! Die Abmüdung der Tagesordnung konnte nach dem Vorhergegangenen nicht mehr zweifelhaft sein. Zu Punkt 1. Bericht des

zusammenfallen muß. Ich werde das Material beschaffen, in dem gezeigt wird, wie sich die einzelnen Parteien des Ordnungsbloks in der Wahlzeit dauernd betätigt haben.

Bussie unterbricht den Redner und zucht ihn zur Sache. Es entspannt sich eine Debatte, in deren Verlauf Bussie in größter Weise gegen den Stadtverordnetenvorsteher vorgeht und ihn höchst schärfend Wort erzieht.

Kürbs protestiert heftig gegen diesen Stand. Bussie hat sich wieder einmal in ungeschicklicher, benommen, daß auch die Sozialdemokraten daran Anstoß nehmen. Müller zucht den Bürgermeister zu, daß die Mitglieder des Ordnungsblokes sich Treue geschworen hätten für die Bekämpfung der Sozialisten und Kommunisten. Von diesem Standpunkt aus wird ihm aber ironisch erwidert, daß er sich hier im Widerspruch zum Ordnungsblock befindet, was eigentlich sehr selten vorkomme. Darauf erfolgt die Annahme der vorgelegten Deputationen und Ausschüsse unter bestimmten Änderungen. Was allen Ausschüssen hätte man die vorgelegten Kommunisten ausgeschlossen und in den Deputationen werden sie durch Mitglieder des Ordnungsblokes ersetzt. Es ist also fast einig erzielt, außer Genossen in die Ausschüsse hineingelassen worden.

Dann werden Baustellen besprochen. Dem Verlauf von Grundstücken und Grabenparzellen wird ohne längere Diskussion zugestimmt. Die Anträge 15, 16 und 17 waren von der kommunistischen Fraktion gestellt und sollen schon in der ersten Stadtverordnetenversammlung als Erhaltungsmittel behandelt werden. Es war darin die Forderung enthalten, daß in den städtischen Betrieben der Pfandtag wieder eingeführt wird. Es war Protest erhoben worden gegen die Vorgänge am 11. Mai und ein Antrag wollte die Aufhebung der Pfandarbeit bei den Erwerbslosen durchzuführen. Welches Interesse die Bauarbeiter hatte, sich um die Beratung dieser Anträge herumzudrängen, bezog sich demagogischen Anschuldigungen des Geheimrats Fritze (KPD), der aus Ehrlichkeit und Höflichkeit gegen die kommunistische Partei beantragte, diese Anträge zurückzustellen, weil sie ja kein Vertreter der kommunistischen Fraktion begründen könne. Der Einwand des Stadtverordneten Kürbs, daß er den Auftrag habe, die Anträge zu begründen, wurde nicht gelten gelassen, und es müßte auch nicht, daß ein städtischer Redner für die Beratung der einzelnen Anträge eintritt. Wahrscheinlich, um in der Öffentlichkeit den Schein des formalen Gehalts zu wahren. Die Anträge wurden zurückgestellt.

Zum nächsten Punkt, einem Antrag der SPD, konnten die Willkürbeweise, wie weit es mit ihrer lokalen Einstellung der war. Es handelte sich darum, den Straßenbahnern eine Vergütung für 30 Minuten über neun Stunden geleistete Arbeit auszuschütten. Kürbs erweiterte den Antrag und forderte die vollständige Abschaffung des neun Stunden. Es hatte sich gerade durch das Referat des Stadtverordneten Stöben (SPD) zu diesem Punkt herausgestellt, daß die Straßenbahn nicht nur neun, sondern zehn und zwölf Stunden arbeiten. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den erweiterten Antrag auf Einführung des acht Stundenbetriebes. Die Willkürbeweise später daselbst mit der Begründung, daß man nicht im Stande sei, die Straßenbahn zu betreiben, für die Abschaffung des neun Stundenbetriebes keine Sinnzusammenhänge herbeiführen. Als Kürbs in der Begründung seines Antrages darauf hinwies, daß die Sozialdemokraten die Schuld am Raub des acht Stundenbetriebes tragen, wurde er durch wüsten Lobes unterbrochen, in das sich der Stadtverordnetenvorsteher Bussie mit seinen Zuhörern gegen Kürbs einmischte. Der Antrag der SPD-Fraktion, daß man städtisch Kindern die Erlaubnis zum Spielverbot nur nach vorherigem Befragen der Eltern und eines Schularztes geben dürfe, lehnte der sozialistischen Haltung der Sozialdemokraten die Krone auf. Durch Kniffe und schöne Reden wollten sie sich als Beschützer der neuen Generation aufspielen. Sie stimmten aber der Kinderarbeit im Prinzip zu und errieten dafür den Haß der Bürger, die selbstverständlich dem Antrag zustimmten. Auch die Erlaubnis im Dienstverbot möchte sich für die Eltern, für die Kinderarbeit zu stimmen. Es handelt sich ja nur um unterernährte Proletarierkinder.

Die folgenden Anträge der Kommunisten wurden aus den bekannten vorgehobenen Gründen ebenfalls zurückgestellt, und durch den Ausschluß der kommunistischen Fraktion war es nicht einmal möglich, die dringenden Anträge für die freitrenden Bauarbeiter einzubringen. Die verlässlichen Stellen haben in Wahrheit ihre Interessenvertretung im Stadtparlament verloren. Ihre Räte gegen den Bürgerblock und die Sozialdemokraten nichts an. Sie müssen sich das Recht erkämpfen, wieder im Stadtverordnetenhaufe vertreten zu sein.

Die freitrenden Bauarbeiter protestieren gegen Ordnungsbussie

Am 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, fand im „Volkspar“ eine öffentliche Streikversammlung statt, in welcher Bussie über die Anträge der freitrenden Bauarbeiter, die bis jetzt noch nicht verändert hat, nach der Versammlung zu nachfolgendem Antrag Stellung:

Die heute im „Volkspar“ versammelten freitrenden Zimmerer und Bauarbeiter beschließen einstimmig eine Deputation zur Stadtverordnetenversammlung zu senden und folgende Forderungen der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten:

1. Die Stadtverordneten wollen beschließen, alle stillgelegten Bauten werden von der Stadt in eigene Regie übernommen, den Arbeitern wird ein Lohnsatz von 85 Pfennig die Stunde in der Spitze gewährt.
2. Wie zur Inangriffnahme der Arbeiten werden die Arbeiter von der Erwerbslosenfürsorge unterstützt zu sein, in die Erwerbslosenfürsorge eingereiht. Es sind sofort zwei Wochenlöhne zur Auszahlung zu bringen.
3. Da die Verammelten nur ihre wirkliche Interessenvertretung in der kommunistischen Fraktion erblicken, fordern sie von der Stadtverordnetenversammlung, daß der Ausschluß der Fraktion sofort aufgehoben wird, um ihre Arbeiten im Stadtverordnetenparlament sofort wieder aufnehmen zu können.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und sofort eine Deputation von vier Kollegen gewählt.

Da wichtige Angelegenheiten nicht mehr zu besprechen waren, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die Polizei hatte ein großes Aufgebot an Fuß, Pferde und Auto von Sipomannschaften alarmiert in der Erwartung, daß das Rathaus gestürmt werden würde. Der dem Rathaus war ein großes Aufgebot notiert. Die Mannschaften waren mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet. Welchen Zweck die Alarmierung haben sollte, war nicht ersichtlich. Die Deputation wurde von der Sipo nicht ins Rathaus zu den Stadtverordneten gelassen, lediglich ein Kollege der Deputation durfte den Herrn Stadtverordnetenvorsteher Bussie sprechen. Dieser Herr sah sich überfordert, den Bericht der Deputation entgegenzunehmen, er verließ die Deputation am Dienstag, dem 2. Juli vormittags 10 Uhr, zu empfangen und die Willkür entgegenzunehmen. Des Weiteren wird am Mittwoch, dem 3. Juli, nachmittags 10 Uhr, im „Volkspar“ den Streikenden mitgeteilt werden. Alle Streikenden werden aufgefordert, am Mittwoch um 10 Uhr im „Volkspar“ vollständig zur Streikversammlung zu erscheinen.



Feldwebel-Landrat a. D. Kasperleck spricht im „Volksblatt“.

„Der Vorsteher wird zu Durchführung seiner unanigen Anordnungen die Polizei herbeiführen, der sozialdemokratische Polizeipräsident wird die angeforderte Hilfe nicht verweigern können.“

„Ist er ein Polizeipräsident? Ausgeschlossen! Es ist eine Gemeinheit, solche Verleumdung in die Welt zu setzen.“

Rechts- und Verfassungsausschüsse über die Wahlen der Deputationen und Ausschüsse, sollte beschloßen werden, nach einfacher Mehrheit und nicht nach dem Verhältniswahlsystem zu wählen. Stadtverordneter Dörfling (Deutschn), der den Bericht gab, behauptet, kein Gesetz gebiete die Anwendung des Verhältniswahlsystems.

Müller (SPD) widerspricht dieser Auffassung. Es behauptet, der Bürgerblock hätte durch den Ausschluß der Kommunisten von der Bureauwahl diesen den Anstoß zu ihrem Verhalten gegeben. Er beruft aber die Entschuldigung der kommunistischen Handlungsweise, um eine Brandrede gegen die Kommunisten zu halten, wobei er betonte, daß er ihr Verhalten nicht billige, sondern lediglich den Rechtsanspruch wahr.

Steinbrück (Deutschn) betont einem Einwurf des Sozialdemokraten Müller gegenüber, daß der Ordnungsblock wohl eine geschlossene Fraktion ist. Er habe ein einheitliches Programm und hätte auch in anderen Städten schon seinen Zweck erfüllt (nämlich den Zweck, Kommunisten finanziarischer Red.). Ich habe gemeint, daß die Kommunisten, weil ihnen gar kein anderer Grund vorliegt, diesen gegen uns herausgelassen haben; aber daß sich Herr Müller auf diesen Standpunkt stellt, ist mir unverständlich. Sobald die Kommunisten sich gegen Verlogenheit der Sozialdemokratie wenden, nicht Herr Müller sich schwer getroffen und heut auf die Kommunisten los. Sobald sie uns Verlogenheit und alle möglichen anderen Untugenden nachrufen, ist das eventuell ein Rechtsbruch.“

Hess (Dem.): Die Erklärung, welche von den Kommunisten abgegeben wurde, war uns schon bekannt, bevor sie vorgelegt wurde. Wir haben sie erwartet und unsere Maßnahmen dagegen getroffen.

Kürbs (UEB): Wenn jemals das Wort, daß Nacht vor Recht geht Anwendung gefunden hat, so trifft das hier zu. Der letzte Redner, der erklärt hat, er werde mit den Gesetzen der Demokratie aufkommen, hat als Demokrat jetzt gezeigt, was unter dieser Demokratie zu verstehen ist. Die Mehrheitsmaß ist von diesen Ausschüssen und Deputationen, wie sie vorgenommen werden soll, ist absolut nicht berechtigt. Ich möchte Ihnen ins Gedächtnis rufen, wie die vorige Stadtverordnetenliste in der Beziehung erarbeitet hat. Wenn Sie sich jetzt auf den Standpunkt stellen, daß der Ordnungsblock als eine Fraktion angesehen werden soll, müssen Sie es selbstverständlich mit sich ausmachen. Ich hoffe es noch erleben zu können, daß der Ordnungsblock über kurz oder lang auf Grund des Sammelsturms, was er darstellt, in das zusammenfallen wird, in was er

Ausland

Der italienische „Linksblock“ am Werk

Berlin, 30. Juni.

Der italienische Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale di Lavoro) hat anlässlich des fünfzigsten Tages am Martini ein 36-köpfiges Komitee an dem Tage der Trauerfeier beschlossen. Das ist ein Vorzeichen für die Entwicklung der Sozialdemokratie. Der Werk am Martini hat eine spontane Welle der Empörung der Arbeitermassen in Italien hervorgerufen. Die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, die im Schutze der bürgerlichen Demokraten marschierten, haben keine schärfere Aufgabe, als diesen Kampfbildern der Arbeiter abzuweichen und alles auf eine parlamentarische Demonstration gegen Mussolini (mit dem Ausschluss auf ein Kompromiß mit dem Faschismus) zu reduzieren. Die KPD, die sich hier als Führer in der Masse bewährt hat, hat den Generalstreik, den wirksamsten Kampf gegen den Faschismus vorgezogen. Die Gewerkschaftsbureaus haben davon abgesehen und beifolgt dem Jahreskongress, eine bloße Demonstration geleistet. Da sie trotz der Massen auf der Straße blühten, keine Demonstration veranstalteten, um die Ruhe, das heißt, den ruhigen Schlaf der faschistischen Mörder nicht zu stören.

Die Haltung der parlamentarischen Opposition, der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Demokraten zeigt, wohin dieser italienische „Linksblock“ hievt. Sie haben eine Revolution angenommen gegen Mussolini, aber auch für die Faschistenregierung. Die faschistische Revolution beginnt nämlich mit der Forderung, daß die Regierung für den Werk verantwortlich ist, was es logisch, den Rücktritt Mussolinis zu fordern, der Schluß der Tapferkeit aber ist, daß derselben Regierung des Werkes die Unterstützung der Opposition verweigert wird, falls sie das „Geleit“ achten und die faschistische Welle auflösen wird. Die „Opposition“ ist also bereit, mit Mussolini die faschistische Diktatur auf dem Faschismus zu erneuern und zu unterstützen. Man erzählt sich, daß Mussolini den Oppositionsparteien ein paar Ministerposten angeboten hat.

Die Kommunisten werden alle Kräfte aufbieten, damit die Massen nicht auf diesen ausgelegten Scheinbel hineinfallen und den Kampf für den Sturz des Faschismus fortsetzen.

Der Wiener Bankrott

Die schon seit Monaten währende Krise auf dem Wiener Geldmarkt hat nun zum Zusammenbruch einer der größten Banken Österreichs geführt: Die Schaller der Depositenbank ist insolvent und die Bank ist unter Verwaltschaft gestellt worden, was nur der verhängte Ausbruch für den Bankrott ist.

Die Welle der Depositenbank steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der tiefen Finanzkrise in Wien, die durch verfehlte Spekulationen hervorgerufen wurde. Zuerst brach eine ganze Reihe von kleineren Geldinstituten zusammen, andere konnten durch die Intervention der großen Bank „gerettet“ werden, d. h. die Banken wurden von den großen verschlungen. Heber die Depositenbank waren schon seit vielen Wochen „beunruhigend“ Gerüchte im Umlauf, daß gabeln die Wiener Banken eine Erklärung heraus, nach der man annehmen zu können glaubte, daß die Banken den Zusammenbruch dieses großen Unternehmens, dessen Zentrale allein über 1500 Leute beschäftigt und die jährliche Bilanz befreit, verhindern werden. Nun ist die Bank geschlossen worden und neben

einer Reihe von Banken und Kapitalisten, die Aktien der Depositenbank besitzen, werden zahllose kleine Leute, die ihre Ersparnisse dieser Bank anvertraut hatten, zu Schaden kommen. Die Hauptschuld für den Zusammenbruch wird dem Präsidenten der Bank, Cattigioni, gegeben. Die Forderungen (Schulden) der Bank sollen 450 Millionen österreichischer Kronen (ungefähr 225 Millionen Reichsmark) betragen, wofür nur wenig Zahlung vorhanden ist. Die Forderungen, daß infolge des Falliments der Depositenbank die Wiener Börsen geschlossen würde, das Falliment der Depositenbank, nicht bestritten.

Der Wiener Bankrott beleuchtet grell die finanziellen Verhältnisse des „Janierens“ Österreich.

Die jugoslawische Klassenjustiz arbeitet

Aus Belgrad wird gemeldet: Im Prozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Pavle Paolovic ist das Urteil gefällt worden. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr Gefängnis und zur Zahlung der Gerichtskosten verurteilt.

Große Parteifunktionär-Konferenzen in sämtlichen Kreisen.

Dienstag, den 1. Juli:

Ortsgruppe Halle um 7 1/2 Uhr abends in Halle im „Volkspark“.

Kreis Zeitz um 7 1/2 Uhr abds. in Zeitz im „Schützenhaus“, kleiner Saal.

Freitag, den 4. Juli:

Kreis Bitterfeld abends 7 1/2 Uhr in Bitterfeld im „Bürgergarten“.

Kreis Delitzsch um 8 Uhr in Delitzsch im „Bienenhof“.

Kreis Wittenberg um 7 1/2 Uhr abends in Wittenberg bei Freydenberg.

Sonntag, den 6. Juli:

Kreis Liebenwerda um 9 1/2 Uhr vormittags in Liebenwerda im „Schützenhaus“.

Mansfelder Gebirgskreis um 10 Uhr vormittags in Burgörner-Waldorf bei Barthels.

Kreis Merseburg um 8 1/2 Uhr vormittags in Merseburg in der „Jugendburg“.

Kreis Torgau um 10 Uhr vormittags in Torgau in der „Waldschenke“.

Zu diesen Konferenzen sind zum Erscheinen verpflichtet: sämtliche kommunistische Funktionäre, gleichgültig, ob im Parteiparagrafen, in der Gewerkschaft, in der Konsumgenossenschaft oder in einer anderen Organisation tätig. Anwesend sein müssen die Funktionäre sämtlicher Ortsgruppen, die den betreffenden Kreisen angegeschlossen sind.

Herriots „Amnestie“

Paris, 29. Juni.

Im Justizauschuß der französischen Kammer äußerten sich der Justizminister und der Kriegsminister Nollet über die geplante Amnestie. Sie erklärten, daß die Frage in Hinblick auf aufhaltenden französischen Kommunisten Saboul und Gilbeaux nicht unter das Amnestiegesetz fallen würden.

Die Meher Straßmann, die durch ihre alten Kommunistenposten bekannt ist, hat den Genossen Herzog zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich Pässe für die KPD gefälscht hat.

Aus der Partei

Ausschluß aus der Partei

Der Former Paul Dertel, wohnhaft in Halle, beschäftigt gewesen in den Bände-Werken, Merseburg, ist auf Antrag der Betriebsstelle der Bände-Werke wegen wiederholten parteischädigenden Verhaltens (u. a. Unterjochung von Genossen) aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Die Bezirksleitung der KPD, Halle-Merseburg.

Die Parteioorganisation Berlin-Brandenburg hat den ehemaligen Genossen M. Dösch wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

An alle oppositionellen Kollegen des Schuhmacherverbandes Bez. 8, 25. Wahlkreis

Zum Verbandstage in Leipzig ist kein oppositioneller Delegierter aufgestellt worden. Die Bezirksleitung hat es abgelehnt, den oppositionellen Kollegen Otto Wäsel, Raumburg a. S., auf den Stimmzettel zu bringen. Darum Kollegen geht die Stimmzettel bei der Wahl unbenutzt zurück. Dadurch beweist Ihr, daß Ihr mit dieser Politik nicht einverstanden seid.

Wir bitten um Abdruck in allen Parteipressen. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Jahrestelle Raumburg.

Beramtswort: E. W. Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krosch, Halle, Gutenbergstraße 14.

Trinkt Cenovis Kaffeekekse

Unsere Leser bitten wir, den Abonnementbetrag möglichst in den ersten Tagen des Monats an unsere Trägerinnen zu entrichten. Der Verlag

K. P. D.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Herzog a. Kasse: Verbandskasse 14
Halle a. S. - Verbandskasse 14
Halle a. S. - Verbandskasse 14
Halle a. S. - Verbandskasse 14
Halle a. S. - Verbandskasse 14

Kreis Weißenfels
Weißfels, Donnerstag, 3. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“, in den oberen Räumen 1 und 2. Hausverwalter, Vorsitz von der Bezirks-Funktionärkonferenz in Halle, alle Genossen haben zu erscheinen.

Injer

Saison-Ausverkauf

bringt 2062

stark herabgesetzte Preise

Schuhhaus Günther

50 Gr. Ulrichstr. 50
neben C. L. Tischpile

Vereine

Gewerkschaften, Organisations!

Unter dieser Aufschrift veröffentlichte wir jeden Dienstag und Freitag die Mitteilungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder, worauf wir einen besonderen Wert legen. Sendet den Text sofort ein.

Komm. Jugend

Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktivgenossenschaft, Georgstr. 10-11
Heute, Dienstag, 7 Uhr, auf der Leinwand: Spielen, 8 1/2 Uhr im Volkspark, Funktionärkonferenz.

Wittmoos: Gr. Nord: Versprechen: Abend: Freitag, 19. Juli, 8 1/2 Uhr, im Volkspark.

Komm. Jugend

Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktivgenossenschaft, Georgstr. 10-11
Heute, Dienstag, 7 Uhr, auf der Leinwand: Spielen, 8 1/2 Uhr im Volkspark, Funktionärkonferenz.

Tabak

Wir verkaufen, ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis, sämtliche in unseren Schaufenstern dekorierten Tabake

jetzt per Paket 30 Pf.

Zigaretten von 1 Pf. aufwärts
100 Stück 90 Pf.

Wiederverkäufer Sonder-Offerte

Gebr. Neumann, Geißstr. 63, Alter Markt 30
Telephon 3712

Volkspark

heute, Dienstag, abds. 8 Uhr
Großes 2065
Garten-Konzert
des Konzertina-Orchesters
„Lira“ (40 Musiker)

Abonnenten der Dienstagskonzerte zahlen die Hälfte des Eintrittspreises

Reit. „Zum Wartgraben“

Wiederkehr 7 217
Großes Vereinszimmer noch
einige Tage in der Woche frei.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit

Stadt-Theater

Wittmoos 6 1/2 Uhr:
Barthel
Donnerstag: empfiehlt die
Katja, die Tänzerin

Jugend-

Schriften

empfehlen die
Botschaftsredaktion

Hüte, Kleider, Anaben - Anzüge

Reparatur und Umarbeitung
gefälligst und zu fairen
Preisen

Frau Knauthe

Mühlweg 15 H

Mausfrauen!

kauft nur bei
unseren
Interessanten!

Schreibwaren

Schulbücher

Schultafeln usw.

empfiehlt **Volkshandlung.**

Saison-Ausverkauf

für 2061

Rinderwagen - Klappwagen
Stabenwagen - Kinderstühle
Schutzgitter - Kinderbetten

Bruno Paris

heute, Freitag, 3. Juli, 10 Uhr, v. Markt

Kom. Kindergruppe

Wittmoos, 4-6 U., im „Volkspark“ u. Markt 10-11
Wittmoos, 7-9 U., im „Volkspark“.

Zu Feiern

empfehlen die Genossen, Arbeitervereine, Genossen in uns

Zunderwaren, Schokoladen Spezialartikel

aus Banisch-Walder

Franz Dörmel, Brehna
Zunderwarenfabrik 1 9220

Kücheneinrichtung, Standuhr

zu außerordentlich billigen Preisen zu verkaufen

Neuanfertigung von Möbeln

zu den billigsten Preisen
arbeiten bei bester Handarbeit
Gebrauchte Möbel
werden bei Neuherstellung mit in Zahlung genommen, eventuell werden auch solche modernisiert

215
Bogumme Zahlungsweise

Karl Zejche

Halle a. d. S. Triftstraße 18, 2059

Zuwerl. Ausrücker

für Belgern sofort gesucht

Meldungen bei S. Claus,
Mühlentstraße 23

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Verwaltungsamt (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung, betreffend die förmliche Feststellung des neuen Bauplanes für das Stadtgebiet zwischen Paulstraße und Halberstädter Eisenbahn

Halle, den 28. Juni 1924

Der Waglfahrt

D... Unterzeichnete bestellt vom
ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,40 Mark den

Klassenkampf

mit den Beilagen: Illustrierte Internationale Arbeiter-Zeitung „Eisler und Hammer“, „Reben, Wägen, Kampf“, „Kämpfende Jugend“, „Die kommunistische Frau“ und „Befreites Land“

Wohnort: _____, den _____ 192__

Name: _____

Straße: _____

Hausnummer: _____ und Stockwerk: _____

D... Unterzeichnete bestellt vom
ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,40 Mark den

Klassenkampf

mit den Beilagen: Illustrierte Internationale Arbeiter-Zeitung „Eisler und Hammer“, „Reben, Wägen, Kampf“, „Kämpfende Jugend“, „Die kommunistische Frau“ und „Befreites Land“

Wohnort: _____, den _____ 192__

Name: _____

Straße: _____

Hausnummer: _____ und Stockwerk: _____



Kampfbelle · Jugend

Junge Garde

Von Oskar Kanel

Wir sind die erste Reihe.
Wir gehen drauf und dran.
Wir sind die junge Garde.
Wir greifen an.

Im Arbeitsschweiß die Stirne.
Der Maßen Hungerleier.
Die Hand voll Naß und Schwitzen
Spannt das Gewehr.

Sie stoßt die junge Garde
Zum Klassenkampf bereit.
Erst wenn die Bürger bluten.
Sind wir befreit.

Kein Wort mehr vom Verhandeln.
Das doch nichts frommen kann.
Mit Luxemburg und Liebknecht.
Wir greifen an.

Es lebe Sowjet-Rußland!
Hört, wir marschieren schon.
Wir führen in dem Zeichen:
Revolution.

Sprung auf die Barrikaden.
Der Marsch zum Bürgerkrieg.
Winkt auf die Sowjetrepubliken
Zum roten Sieg.

Kein Wort mehr vom Verhandeln.
Das doch nichts frommen kann.
Mit Luxemburg und Liebknecht.
Wir greifen an.

Es lebe Sowjet-Rußland!
Hört, wir marschieren schon.
Wir führen in dem Zeichen:
Revolution.

Sprung auf die Barrikaden.
Der Marsch zum Bürgerkrieg.
Winkt auf die Sowjetrepubliken
Zum roten Sieg.

Proletarierrinder

Was dem Kinderheim der Arbeiterfamilien Schicksalsteil
genau mitteilt, bei der Arbeit im Jahr sind fast
die 150 Kinder des ersten Transportes in ihre Heimat zurück-
gekehrt. Die meisten erholten sich langsam. Einige sind
aus dem Leben der Kinder, die dort sehr viel länger im
proletarischem Heile verbleiben geblieben.

Die Sonne ist im Untergehen, die einzelnen Gruppen kommen
zurück aus dem Walde, von der Weite, trotz erschöpft von einem
verpöhlten, sonnigen Tag. Dort drüben von bunten Tannent
ist ein heller Fleck, der weiß die Wärme in der Mitte.
Seitdem jede Gruppe ihre Plätze hat — heißt gearbeitet —
stehen sie stolzer als vorher, lebendiger im Laft, bewegter im
Rhythmus.

Alles ist fertig für die hundertenden Gäste, die Schritten geschickt,
die weißen Milchbecher gefüllt. Die Gruppen verteilen sich an die
Tische — durch die Gartenpforte kommen eben ein paar Nachzügler,
eifrig diskutierend.

„Hallo, Erna, Anni, Gretel, schnell die Hände gewaschen, das
Eßen wartet“ — aber im Nu bin ich umringt und fünf Mädchen,
geheimnisvoll gestillend, sprechen auf mich ein.

„Ja, die Gertrud müßte so sehr heute weinen.“ Und neun Jahre
Juchhaus, das ist doch schrecklich.“ — Erna will gleich nach dem
Vendebrot noch Schokolade kauen.“ — Was dem Durchdringen ent-
wickelt sich das folgende Bild: Gertrud, eine kleine Berliner Ge-
nosin, unternehmend, im Wachstum sehr zurückgeblieben, wird
morgen 15 Jahre. Sie hatte mittags einen traurigen Brief von der
Mutter bekommen. Ihr Vater, mit 50 Jahren verheiratet, neun Jahre
Juchhaus, ihr Bruder im Gefängnis, kommt in den nächsten Tagen
frei, ist dann arbeitslos. Die Mutter wohnt in Not und Kummer,
hungert, verweigert. Was soll, was kann eine Proletarierrinder
ihrem Kinde frohes und Gutes schreiben?

Tränen, Elend, die Gedanken der Not verlassen das Proletarierrinder
und selbst nicht in seinen Ferienwochen. Trodend und grau im
Hintergrund das alte arbeitslose Leben.

Die Kinder erzählen aufgeregter durcheinander. — „Wir haben
ja auch gar nicht viel, Genosin, aber wir haben schon alle paar
Pfennige zusammengeklammert. Die Gertrud will sich morgen freuen.“

„Aber Kinder, hört doch mal, die Genosin Ellen hat Reis und
Schokolade in ihrem Lager, davon soll sie Euch geben und ihr baut
der Gertrud alles dazu auf — halt doch Eure paar Pfennige,
Vater und Mutter werden froh sein, wenn ihr sie zurückbringt.“

Mein Verstand mit einer Heiligkeit, die mich bestrahlte
wurde und beglückte, abgelehnt. Die kleine Gertrud hielt mich zurück:
„Nein, nein, wir wollen ihr selbst von unserem Gelde schenken, das
gerade wollen wir, weil sie so sehr gemeint hat.“

Abends, beim Gutenachtgebet, warteten sie schon an der Tür und
führten sich geheimnisvoll in das Zimmer. Ein kleiner weißer
Tisch mit Blumen und kleinen, ja feinsten Geschenken wunderlich
aufgebaut. Schokolade, einige kleine Geldmünzen, ein Nagelspüßer,
ein Briefbogen mit Aufkleber, kleine winzige Dinge, liebevoll und
wichtig hingestellt. Mit zärtlicher Sorgfalt, mit starkem Sinn für
Form und Farbe haben ungelante Hände, arms unterdrückten Prole-
tarierrinder hier ein wunderbares Bild geschaffen. Hinter den
Blumen ein Zettel: „Meine Gertrud! Du sollst Dich nicht schämen
über die Geschenke, denn das ist freundschaftlich gestiftet worden.
Beständige Gratulation von allen.“

Ein paar nur konnten etwas geben — aber sie treten nicht vor —
sie alle zusammen schenken die Freude — „es ist von allen“ —.

Der Tisch wurde frühmorgens dem Geburtstagskind ins Zimmer
getragen. „So einen Geburtstag habe ich noch nie gehabt“, sagte
Gertrud. „Das war ein schöner Dank für die Schenkenden — es war
ein unendlich froher und bewegter Tag für die ganze Gruppe.“

Am Mittag ging ein Päckchen ab mit dem größten Teil aller
Geschenke für die Mutter zu Haus. „Sie ist immer so krank, weißt
Du, wir haben sie Geld. Und Vater neun Jahre im Juchhaus, das
ist schrecklich lange. — Meinft Du nicht, Genosin, daß die anderen
Arbeiter ihre Brüder bald befreien werden?“

Wer hört den Ruf?

„Stabilisierung!“ — Kapitalistischer Kindermord!

Im nachstehenden geben wir ein paar Zahlen aus einer Statistik
des Elends wieder, die ein Ministerialdirektor aus der Ober-
Republik veröffentlicht. Die Statistik bezieht sich auf das zweite
Halbjahr 1923. Inwieweit ist es selbstverständlich noch viel
schlimmer geworden?

Von 38880 untersuchten Schullindern waren 32 Prozent be-
schäftigt, 45 Prozent mangelhaft und 23 Prozent sehr schlecht er-
nährt.

Während so im Durchschnitt
die Hälfte der Schuljungen unterernährt
ist, zeigen diese Zahlen manentlich in den Industriegebieten bis
80 Prozent. In Duisburg betrug sie sogar 95 Prozent. Von
105 102 untersuchten Kindern waren
33 Prozent tuberkulös.

Während im letzten Vierteljahr 1923 in London von 1000 Kin-
dern 67 an Tuberkulose litten, betragen dieselben Zahlen für
Wien 117, für Berlin 124 und Mainz sogar 148.

In Wittenberg erkrankten von 4000 Schullindern 300 sein
Schicksal, ebenso viele überhaupt kein warmes Essen. 1140

Kinder nur eine warme Abendmahlzeit, aber kein Mittag-
essen. Gesundheitlich sieht das Holungsgegend aus. So bewohnten
in Lüft von 4164 Schullindern 550 ein Zimmer, 261 zwei Zimmer
mit Lungenerkrankten, 257 Kinder teilten ihr Bett
mit Tuberkulösen.

Diese Zahlen sprechen eine so erschütternde Sprache, daß es sich
erübrigt, noch etwas dazu zu sagen. Immer mehr Arbeiterkinder
müssen den Weg nach dem Friedhof antreten. Die Kinder der
Reichen aber fahren jetzt mit ihren Eltern, die aus den Knochen
des Proletariats ihre Profite herausgeschunden haben, in die Bäder
und Kurorte und verfrachten dort das, was die jungen Proletarierrinder
entbehren müssen. Überall diesem furchtblichen Niedergang ein Ende,
Kameraden! Kämpft überall mit uns für die Befreiung der
Kapitalisten!



Trostlose Zustände

herstehen in der Spinnerei von Maner & Kaufmann zu Halle a.
d. S. Trotz schimmiger Ausbeutung bringt es die Beschäftigten,
die zum großen Teil aus jungen Mädchen und Frauen besteht,
nicht fertig, sich gegen das Unterdrückung zu wehren. Alles bezieht
sich wieder auf die Fustel der Meister. Diejenigen, welche sich
gegen das Joch auflehnen, eine menschenwürdige Behandlung für-
wurd und sich von ihren Rechten nichts nehmen lassen wollen, wer-
den ohne weiteres entlassen. Hoffnung auf Einstellung hat
man nur dann, wenn man, wie am Beispiel der Betriebsrat,
einem bürgerlichen Turnverein angehört.

Trodend gibt es dort noch Kollagen, die ihren Standpunkt
als Arbeiter genaugen haben und ihn auch oft gegen sich zum
Ausdruck brachten. Aus den Reihen der Frauen und Mädchen
wurde der Antrag gestellt, am 15. Mai, dem Beerdigungstag
der Opfer des 11. Mai, die Arbeit ruhen zu lassen. Auch
die männliche Beschäftigten war anbeizig dafür, jedoch mit der Ein-
schränkung, die verlorenen oder Arbeitsstunden wieder nachzuholen.
Die Direktion stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt, aber
die Beschäftigten nahen doch an der Beerdigungspartei teil, mit Aus-
nahme eines Teiles der Männer.

Kollagen, diese Fleusheit nicht ihr von Euch abschütteln. Seid
nicht länger willige Werkzeuge eines profitillierten Unternehmern-
tums. Wehnt Euch auf Eure Klassenlage und kämpft mit den
Kommunisten für die Befreiung des Kapitalismus. Jung-
arbeiter und Jungarbeiterinnen, schließt Euch der Kommunistischen
Jugend an, die aktiv für Eure Forderungen kämpft und für die
Befreiung Eurer Lage eintritt.

Die Steiger vom Wolfschacht gegen die Jungarbeiter

Wolfschacht, 26. Juni.
Es ist frühmorgens 5 1/2 Uhr, eine schwarze Schlange von Menschen
bewegt sich nach dem Schacht, vor dort geht es in die Wälsch-
fau, wo man sich umteilt. Kurz vor 5 1/2 Uhr erscheint der erste
Steiger in der Wälschfau der jugendlichen Arbeiter und treibt die
Kollegen an, sie sollen machen, daß sie in den Schacht kommen oder
sich wieder nach Hause fahren. 5 50 Uhr erscheint der zweite Steiger
und verläßt dieselben mit den Worten: „Wer noch in der Rente ist,
wenn ich wiederkomme, der kann gleich wieder nach Hause gehen.“
An der Treppe zum Förderboden stehen wieder zwei Steiger,
welche zum Einschleusen gehen. Aber der größte Teil der jugendlichen
Arbeiter läßt sich nicht aus der Ruhe bringen. Ihre Hauptarbeit
besteht im Schacht bei der Ausfahrt. Um 1/2 Uhr ist Schicht; wehe,
wenn ein jugendlicher Arbeiter sich vorher in dem Schachtbereich
sehen läßt, dann gibt es ein paar mit dem Messerfall aber ein
Schichtlohn Strafe. Während des Schichtwechsels ist die Schichtarbeit
noch schlimmer; denn wenn zwei Jungarbeiter oder ein paar Häuer
zusammenstehen und einige Worte wechseln, dann kommt ein
Steiger und sagt: „Entweder einsehen oder nach Hause gehen!“
Geht aber nicht vorher weg, bis beide auseinandergehen. So geht
es alle Tage.

Jugendliche vom Wolfschacht, laßt Euch die Schichtarbeit nicht
länger gefallen, laßt die Antreibergesellschaft einen festen Ball ent-
gegen! Bildet eine Betriebskomitee und laßt an ihrem Aufstand!

Nachklänge vom Streit der Mansfelder Jungarbeiter

Der Generaldirektor Hainbold von der Mansfeld H.G. erklärte
in einer Gesamtarbeiterversammlung, daß der Streit der Jungarbeiter
der Mansfeld H.G. einen Schaden von 250 000 Goldmark zu-
gefügt habe.

So sind diese Speerhäute, lieber tragen sie für kurze Zeit einen
Verlust als daß sie den Jungarbeitern mehr Lohn geben. Der
Schaden wird dann dadurch durch um so größere Schürigung und
Ausbeutung aus den Knochen der Jungarbeiter wieder heraus-
geholt. Aufgabe der gelangten Jugendlichen und erwachsenen Ar-
beiter ist es, geschlossen für Erhöhung der Löhne, für die Zurück-
eroberung der Arbeit und die Erlösung der Sozialdemokratie
sowie die Befreiung aller Ketten zu kämpfen. Die kommunistischen
Jungarbeiter werden in der ersten Linie stehen!

Kapitalistische Henter

Schon wieder hat die deutsche Schandhölle, deren Schandhölle
auf dem rechten Auge blind ist, mit dem „Linter“ aber desto
schärfer nach revolutionären Proleten ausläßt, Dürer gefunden.
Der Genosse Karl Herrmann aus Pletzeben wurde wegen
schweren Landfriedensbruchs und Verabredung (er soll angeblich
einem Förster einen Revolver entwendet haben) zu einem Jahr
Gefängnis verurteilt.

In Deutschland sitzen noch immer 12 Jugendhenter hinter
Kerkermauern. Auf dem Wälschfauendtag der Partei Nordwest
und Niedersachsen wurden sie von der Sauro wegen Menschenlebens
verhaftet. Eine Schande ist es, daß proletarische Jugendliche wegen
solchen Kleinigkeiten hinter Schloß und Riegel gesetzt werden. Den
Zudemauern und Festhängen würde diese Koll besser be-
kommen. Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Organisatorisches Bezirks- und Kreisconferenzen

Zum 5. und 6. Juli bezieht die Bezirksleitung eine
Bezirkskonferenz für Halle-Merseburg
ein. Beginn am Samstag, dem 5. Juli, abends 8 Uhr, in der
Produktion-Gemeinschaft, Halle a. S., Verdenstraße 14. Teil-
nehmen müssen alle Kreis- und Distriktsleiter. Die Tagesordnung
wird noch bekanntgegeben. Die Ortsgruppen haben die in Frage
kommenden Genossen zu kontrollieren, ob diese an der Konferenz
teilnehmen.

Am Sonntag, dem 6. Juli, findet im „Rotespar“ zu Halle eine
Arbeitsgruppenkonferenz des Bezirks
statt. Alle Ortsgruppen, in denen kommunistische Arbeitsgruppen
bestehen oder bis zum Oktober bestanden haben, müssen Vertreter
entsenden.

Die Partei veranstaltet in der Woche vom 29. Juni bis 6. Juli
Kreisfunktionärskonferenzen.

Alle Orts-, Distrikts- und Kreisleiter müssen daran teilnehmen oder
am 5. und 6. Juli Vertreter dazu entsenden. In den vorbereiten-
den Sitzungen haben die Jugendleiter teilzunehmen. In der
Woche vom 7. bis 12. Juli müssen überall gemeinsame Partei- und
Jugendmitgliedsversammlungen stattfinden.

Rechnet mit den Beiträgen und Zeitsungsschulden ab!

Der wöchentliche Beitrag beträgt für Mitglieder über 15 Jahre
0,20 Mark, unter 18 Jahre und Lehrlinge 0,10 Mark, für Erwerbs-
lose 0,05 Mk.

Diejenigen Gruppen und Unterbezirke, welche in Zukunft nicht
regelmäßig abrechnen, werden in der Zeitung gekennzeichnet. Be-
sonders: Wo keine Abrechnung ist, kann nicht geschlossen werden, wenn
kein Geld vorhanden ist, kann nicht gearbeitet werden. Ergreift
Mantion!

Siehe! fordern wir alle Gruppen dringend auf, ihre restlichen
Zeitungsschulden sofort zu bezahlen. Der Verlag wird in Zu-
kunft rückzahllos die Zeitungen liefern, wenn sie nicht bezahlt
werden. Dann würde der gesamte Bezirk unter der Sauro
einiger Gruppen leiden. Rechnet sofort alle Zeitungen ab!

Redakteure gesucht!

Nämlich für unsere Jugendbeilage und die Betriebsallensitungen.
Kommunistische Zeitungen sollen von der Arbeiterkraft für
die Arbeiterkraft geschrieben werden. Genossen, werdet alle Ar-
beiter-Redakteure. Schickt uns Beschriftung aus dem Bezirk und aus
den Gemeindefrägen, wo ihr keine Redakteure findet, etwas von
Eurem täglichen Leben! Schickt selbstgezeichnete Zeichnungen um.
Wichtigste Gruppe oder Betriebsstelle hat den besten Arbeiter-
Korrespondenten? Eure Berichte werden uns Antwort auf diese
Frage sein. Die besten Artikel werden den Preis der Erntedankfest-
scheidung erhalten.

Schreiben für unsere Funktionäre

„Das Saurohändigengutachten.“ 1,50 Mk. Frankfurt Sozio-
tätis-Druckerei GmbH, Frankfurt a. M.

„Erfüllung der Wälschung.“ Von Karl Tönjes, 0,60 Mk.
Verlag Georg Stille, Berlin. Ein Unternehmern zum Sauro-
händigengutachten.

„Mittwoch“ Nr. 11. Vom 3. zum 4. Weltkongress der KPD.
„Grundzüge des Jugendrechts.“ Stadtrat W. Friedländer. Ver-
lag Ernst Döberberg, Leipzig.

A.D. Bezirksleitung Halle-Merseburg.

An alle Jugend-Ortsgruppen!

Die Zeitungen „Die Junge Garde“, „Die Arbeit“ und der
„Junge Genosse“ welche die Ortsgruppen über den von der Bezirks-
leitung erhalten haben, werden jetzt wieder direkt von Berlin an
die Ortsgruppen geschickt. Jede Ortsgruppe muß deshalb sofort
genau angeben, an welche Adresse die Zeitungen geschickt werden
sollen und wieviel die Ortsgruppe von den oben angeführten Zeitun-
gen geschickt haben will. Diese Angaben mit den genauen
Namen der Ortsgruppe, des Bezirks und des Unterbezirks müssen
an die Adresse: Die Arbeit, Berlin O 2, Stralauer
Str. 12, bis zum 10. Juli eingeschickt werden. Gruppen,
welche bis zu diesem Tag ihre Bestimmung mit der Adresse nicht an-
gegeben haben, erhalten keine Zeitungen.

Näheres siehe Kundschreiben an die Ortsgruppen.
Zentrale der KPD.

Jungarbeiter und Fortbildungsschüler!

Meldet alle Mißhandlungen, lange Arbeitszeit,
schlechte Lohnvergütungen dem Dreierauschuß,
der täglich in der Produktion-Gemeinschaft von
5-7 Uhr nachm., Zimmer 4, zu sprechen ist.

Agrarfrage und Schutzölle

Von Georg

Die „deutsche Landwirtschaft“ befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise. Die Preise der landwirtschaftlichen Hauptprodukte, Getreide und Fleisch, liegen erheblich unter Friedenspreisen, während die Preise der meisten Industrieerzeugnisse noch erheblich darüber stehen. Die deutsche Landwirtschaft ist aber hart industrialisiert, das heißt, auf den Bezug von Industrieerzeugnissen, vor allem Düngemitteln und Maschinen, angewiesen. Hinzu kommen die Steuern, die seit der Marktabstufung sich sehr empfindlich bemerkbar machen. Die Kredit- und Kapitalnot, die in der Industrie bereits zur Stilllegung von Betrieben und einer Reihe von Konkursen geführt hat, wirkt sich in der Landwirtschaft um so heftiger aus, als der Kapitalmarkt ein sehr langsame, stillfließendes Kapital zu den landwirtschaftlichen Betrieben heranzugleitet.

Natürlich denken die deutschen Junker nicht daran, die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sie sich befinden, dadurch zu überwinden, daß sie etwa ihre „standesgemäße“ Lebenshaltung einschränken, ihre eigene und der „gnädigen Frau“ Arbeit verdoppeln, den Betrieb rationeller gestalten. Im Gegenteil, sie benutzen die Agrarfrage zu einer großangelegten Kampagne gegen die Grund- und Vermögenssteuer, die Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer, das heißt, Abgaben der Industrieerzeugnisse und die Einführung der wohnortbezogenen Schutzölle und Verbesungen aus der Fortriegezeit. Sie verbinden diese Kampagne mit einer heftigen Offensive gegen die Landarbeiter, deren Deputationslos rückwärtslos gestützt, deren Arbeitszeit verlängert, deren Arbeitsbedingungen aus Unverschämtheit verschlechtert werden. Bereits herrscht ein Terror auf den Gütern, wie er in den schmerzhaftesten wirtschaflichen Zeiten kaum bekannt war.

Die Agitation für Schutzölle bietet den Junkern vor allem eine schöne Gelegenheit, um die infolge der kleinbauernfeindlichen Steuerpolitik des Landbundes rebellisch gewordenen Kleinbauern an ihre Fahnen zu fesseln. Aber nicht nur den Kleinbauern, sondern auch den Landarbeitern machen sie weis, daß der Schutzoll auf Agrarprodukte ihre gewöhnlichen Bedürfnisse, am liebsten auf den bis auf dem ausgegliederten Landarbeitern, bedeutet, eine hohe Kornpreisse, hohe Kornpreise bedeuten für Euch höhere Löhne. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Schmierindustrie, die gegenwärtig an niedrigen Agrarpreisen interessiert ist, weil sie die Arbeiterlöhne noch niedriger haben will, sich trotzdem zu einem Kompromiß bereit findet. Sie wird die Agrarölle durch Schutzölle für die Industrie ergänzen und diese Industrieölle benutzen, um, getrieben auf hohe Preise im Inland, genau, wie der Stahlverehnd vor dem Kriege, den Gegner niederzufürren. Wir werden dann am 1. Januar 1925, wo das Deutsche Reich wieder die volle Zollfreiheit zurückgewinnt, den Segen der Schutzölle zu genießen bekommen.

Soll aber das Proletariat sich gleichgültig gegenüber der Schutzöllepolitik der Agrarier verhalten? Keineswegs. Schutzölle dienen einer gewissen unantastlichen Stufe des Kapitalismus, dem die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander auf dem nationalen Markte zu fördern. Hat das Kapital jedoch die Stufe erreicht, wo es epporitär wird und die nationalen Schranken prengt, so wirken Schutzölle nur noch konterativ, indem sie die Weiterentwicklung der Produktivkräfte hemmen, bestimmten Kapitalistengruppen künstlich eine Monopolstellung auf dem inneren Markte zu gewähren.

Der Freihandel aber, sagt Marx, wirft „verföhend“ das heißt, er entfernt die kapitalistische Konkurrenz im Weltmarkte, er treibt sozialistische Entwicklung international auf die Spitze, damit auch die Klassengegnisse, Kriege und Kämpfe, und bereitet so den Boden vor für die internationale proletarische Revolution und den internationalen Sozialismus. „Und nur in diesem revolutionären Sinne“, sagt Marx, „stimme ich für den Freihandel.“

Wohin man kommt, wenn man aus reformistischen, sozialdemokratischen Gründen für den Freihandel eintritt, das heißt, der englischen Labour-Regierung, die mit ihrer einseitigen Aufhebung der Mac-Kenna-Zölle sich zum Handlanger eines Teiles der englischen Bourgeoisie gegen den anderen Teil gemacht hat. Und da der Kampf gegen die Schutzölle nicht verbunden wurde mit dem Kampf gegen die Bourgeoisie überhaupt, so war der Erfolg, den die Labour-Regierung sich mit ihrer Maßnahme plötzlich im Gegensatz zum Arbeiterstand, denen die Kapitalisten in einem Lande mit vollständigem Kapitalismus nur noch eine kontervative, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmende Wirkung ausüben, ferner mit der Parole der proletarischen Kontrolle der Produktion als Mittel, um den Kampf um das Endziel, die Herrschaft des Proletariats, zu führen.

„Schutzölle heißen auf den Hunger des Volkes spekulieren.“ Sie muß den Proletariat klarmachen, daß billiges Brot im Rahmen des Kapitalismus dem Proleten ebensoviele Mühe wie teures Brot, weil, wie Marx nachweist, keine Wäme dann schneller fallen als die Preise. Sie muß den Kampf gegen die Schutzölle revolutionär führen, indem sie den Arbeiterstand als die einzige Partei im Lande mit vollständigem Kapitalismus nur noch eine kontervative, die Entwicklung der Produktivkräfte hemmende Wirkung ausüben, ferner mit der Parole der proletarischen Kontrolle der Produktion als Mittel, um den Kampf um das Endziel, die Herrschaft des Proletariats, zu führen.

Am dem Beispiel der russischen Wirtschaftspolitik muß die Partei den deutschen Arbeiter zeigen, wie in einem Lande der proletarischen Diktatur und schwachenwirtschaflicher Industrie Schutzölle sehr wohl angewendet werden können, indem der planmäßige die Entwicklung der Produktivkräfte. Ganz die Hebung der Lebensmittelpreise, also die Verteuerung der Lebenshaltung des künftigen Proletariats kann vorübergehend eine Notwendigkeit sein, im Interesse des herrschenden Proletariats selbst, wenn es in Kauf-land gilt, die bäuerliche Produktion und Kaufkraft systematisch zu heben. Es kommt eben immer darauf an, wenn diese Maßnahmen zugute kommen. Dienen sie dem Kapital und der Akkumulation von Kapital, oder dienen sie den arbeitenden Massen und dem Aufbau sozialistischer Produktion?

Jeder Schutzoll nach Freihandel, weder hohe noch niedere Lebensmittelpreise können dem deutschen Proletat... etwas nutzen, solange die Wirtschaft nicht in seiner, sondern der Ausbeuter Hand ist, solange der Zweck aller solcher Maßnahmen nicht die Hebung der Produktion, sondern einzig die Anhebung von Preisen ist. Der Schutzoll-Kampagne der Rechtsparteien, in die bereits der Demokratische Bauernbund und der Bäuerliche Bauernbund mit einstimmen, ist deshalb entgegenzusetzen die Agitation für die proletarische Kontrolle der Produktion und die Propaganda der proletarischen Herrschaft. Diese Kampagne muß systematisch geführt werden, auch in den Parlamenten, wo erfahrungsgemäß Anträge und Reden gegen den Schutzoll sehr leicht in reformistischen Forderungen abgleiten.

Den Mittelmännchen der Kleinbauern aber, die im Schutzoll einen neuen Rettungsanker zu erblicken glauben, muß durch sorgfältige Aufklärung gesagt werden, wie der Schutzoll nur den Großagrariern Vorteile bringt, der kapitalistisch wirtschaftet, für den Kleinbauern aber, der seine Produkte in der Hauptsache selbst ver-

zehrt und Futtermittel usw. aufkauft, nur Nachteile bedeutet. Schutzölle bedeuten für den kleinen Bäuer und Bauern nur steigende Ausgaben und natürlich auch infolge höherer Grundstücksbewertung steigende Steuern und Hypotheken.

Die Schutzoll-Kampagne von Landbund und Rechtsparteien hat politisch den Zweck, Zwischwacht zu den zwischen Proletariat und Kleinbauern. Die Sozialdemokratie trachtet wie immer auf diesen Weim, indem sie mit ihrem Schrei nach billigen Brot und sonst nichts die arbeitenden Massen abspricht und dem Arbeiter doch keine Besserung bringt.

Die Kommunisten und die Landwirtschaft

Was den Kleinbauern und Landarbeitern droht — Programm und Forderungen der Kommunisten — Revolutionäres Bündnis von Stadt und Land — Der Reichstag der kapitalistischen Räuber

Als seinerzeit die Schwerindustrieellen Väter samt ihren Helfershelfern durch die Geldwertung die Mittelschichten, die kleinen Kaufleute und Handwerker, die Rentner samt dem Industrie- und Landarbeiter bis zum Hund ausgespißern begannen, und der Landarbeiter bis zum Hund ausgespißern begannen, legte auch die Bildungspolitik der Junker und Industriellen gegen den kleinen Bauern ein Netz, wo die Kapitalisten darangehen, im Bund mit den ausländischen Räubern das sogenannte Scherfendringergesetz durchzuführen, kann kein Zweifel mehr bestehen, daß der kleine Bauer dem vereinten Ansturm der Junker und Großindustriellen vollkommen unterliegen wird. Die Schlinge liegt schon bereit, die den Kleinbauern ebenso wie dem Landarbeiter um den Hals gelegt wird. Die Parole der Junker heißt: Immer gewachseneres Geld für die Landarbeiter — Ausplünderung und Enteignung der werktätigen Bauern. Der Steuerdruck wird derart vergrößert, daß der selbständige Kleinbauern die letzte Kuh aus dem Stall verkaufen muß. Das ist die Enteignung zugunsten der Junker, Kapitalisten und des Ausbeuterstandes. Helfen kann nur eines: Der kleine Landwirt und der Landarbeiter müssen dem Industrieerzeugnissen und dem Bund zum gemeinsamen Kampfe reichten. Unter dem Zeichen von Sichel und Hammer werden wir durch das Kampfbündnis von Stadt und Land den Staat und die ganze Gesellschaft der Großgrundbesitzer und Industrieerzeugnisse hinwegjagen müssen.

Der Reichstag ist nur das Instrument dieser dreimal verfaßten Ausbeuterklasse, zum Reichstag ist nur verfaßte Verdrängung zu erwarten. Trotzdem haben die Kommunisten in diesem Reichstag Anträge eingebracht, durch die die kleinen Bauern und den Landarbeiter die Ziele zeigen wollen, die das Bündnis von Stadt und Land im künftigen Kampfe nicht durchzuführen müssen. Der wichtigste kommunistische Antrag hat jedoch das Folgende, von denen wir das Wichtigste wiedergeben. Die Kommunisten fordern:

1. Entschädigungslose Enteignung allen Grundbesitzes, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, samt lebendem und totem Inventar und samt den dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital. — Die bisherigen Besitzer, soweit sie als Betriebsbesitzer einwandfrei ihren Betrieb geführt haben, können als Betriebsbesitzer weiter verwendet werden.
2. Sofortige entschädigungslose Aufhebung aller noch bestehenden gutherrlichen Rechte und Patrone (Zugs- und Fährrechte, Steuerbefreiung).
3. Entschädigungslose Enteignung auch des in kleine Pächten aufgeteilten Grundbesitzes und Übertragung an die bisherigen Kleinpächter.
4. Landwirtschaftliche Großbetriebe ohne ausleihende wirtschaftliche Bedeutung, die in kleinbäuerliche Betriebe eingegliedert sind, werden unter den kleinen und Zwergbauern der Umgebung aufgeteilt, um deren Betrieb bis zu einer Ackerfrucht zu erweitern.
5. Staatsdomänen, soweit nicht in Kleinpächten verteilt, bleiben als Mänter und Reichswirtschaften. — Landwirtschaftliche Zugs- und Hochflächen werden angegliedert.
6. Die Wälder und die Jagd, ebenso die Fisch- und Seegebiete, werden durch die genossenschaftlich zusammengefaßten Landbevölkerung bewirtschaftet.
7. Die Anlagen der bäuerlichen Gemeinden gehörigen Waldungen, Wasserläufe und Seen bleiben den Gemeinden.
8. Schulunterricht, Lehrmittel und Unterhalt sind während der Schulzeit an landwirtschaftlichen Fachschulen frei.
9. Allen Schulen in Stadt und Land muß der Staat zur praktischen landwirtschaftlichen Ausbildung der Schüler hinreichenden Boden zur Verfügung stellen.
10. Für große Kulturarbeiten (Wassermachung, Bewässerung, Entwässerung, Reibereinigung, Wegebau usw.) hat der Staat Mittel zur Verfügung zu stellen. — Die dabei beschäftigten Arbeiter sind nach Tarif zu bezahlen.
11. Das Privateigentum des Klein-, und Mittelbauern an Grund und Boden sowie an lebendem und totem Inventar bleibt unangetastet.
12. Den Zwergbauern, die zu wenig Grund und Boden haben, um ihre Familie ernähren zu können, wird Boden bis zu einer Ackerfrucht aus ihrer genossenschaftlich und aufgeteiltem Grundbesitz zugewiesen, so daß für sämtliche Familienmitglieder in jeder Linie genügend Erwerbsmöglichkeit auf ihrem Grundbesitz vorhanden ist.
13. Der Staat vermittelt zur Ausbuchtung des Zwischenhandels verbilligten gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuschuß, landwirtschaftlichen Geräten usw.
14. Der Staat fördert die Verengenshaftlichung der Kleinbetriebe durch Ausban eines gemeinschaftlichen elektrischen Kraftwerks, durch Vereinigung gemeinschaftlich zu bewirtschaftlichen und Gebäuden, durch Ausban der landlichen Genossenschaften und des Kreditwesens, durch Ausweitung des allgemeinen Fabrikarbeits und kollektive Jurierungsförderung von Fachleuten für technische Verfahren.
15. Die Hypotheken auf den kleinen Grundbesitz werden verstaatlicht; sie sind unzulässig und können vom Staat gelöscht werden.
16. Die staatlich geleiteten Güter sowie die genossenschaftlich zusammengefaßten Kleinbetriebe liefern ihre Produkte an die landlichen Genossenschaften oder Gemeinden zur Verteilung an die Verbraucher, um so den verteuerten Zwischenhandel auszuschalten.

Nur wenn die SPD, es versteht, die Anti-Schutzollkampagne revolutionär zu gestalten, wenn sie also den Kampf gegen Schutzölle verbindet mit dem Kampf um die proletarische Kontrolle der Produktion und gegen den bürgerlichen Staat, wenn sie dem Arbeiter wie dem Bauern das wahre kapitalistische Gesicht der sogenannten „Förderung der Landwirtschaft“ und Hebung der nationalen Lebensmittelerzeugung zeigt, wird es uns gelingen, an Stelle einer Entzweiung zwischen Arbeiter und arbeitenden Bauern einen gemeinsamen Kampf um die großen arbeitenden Massen zum Sturz der Bourgeoisie zu erzielen.

Dieser große Antrag der Kommunisten enthält die Grundlinien eines Kampfprogramms, für das wir die Klein- und Mittelbauern, die Zwergbauern, Kleinpächter, Siedler und alle Landarbeiter mobilisieren wollen. In einem Wort zusammengefaßt: Es geht um die entschädigungslose Enteignung allen Grundbesitzes.

Das fernere erklärt die kommunistische Partei in ihren Anträgen, daß sie ihre Kräfte einsetzt im Kampf der Ausbeuter gegen die Ausbeuter.

Für Steuererlässe, für Kreditbegünstigung, an den landwirtschaftlichen Arbeitern.

Wir fordern, daß Völkern bis zu 30 Morgen guten Bodens (zum 45 Morgen Mittelboden und 65 Morgen schlechten Bodens) die restierende Steuer erläßt wird, daß die Grundsteuer aufhoben ist, daß diese werktätigen Bauern von jeglicher Steuerleistung befreit werden.

Ein weiterer Antrag fordert:

Zuteilung von Krediten zu höchstens 4 Prozent Jahreszins an die schaffenden Landwirte.

Kleinpächter und Siedler auf Betrieben unter 40 Hektar. An Großbetriebe dürfen Staatskredite nur dann gegeben werden, wenn sie proletarischen oder kleinbäuerlichen Kontrollauschüssen unterstellt sind.

Der Reichsbund für Siedlung und Pachtung hat ein Volksbegehren über Landenteignung für Siedler, Kleinpächter und schaffende Landwirte vorgelegt. Die Kommunisten fordern, daß dies Volksbegehren sofort zur Abstimung kommt.

Eine kommunistische Interpellation

im Reichstag stellt fest, daß bei dem letzten Landarbeiterstreik, besonders in Preußen die Gutbesitzer und ihre Familienangehörigen (Leute usw.) Landarbeiter in ihren eigenen Wohnungen überfallen und mißhandelt, und die schweißigen Terrorakte gegen die Landarbeiter begangen haben — gemeinsam mit Schutz und Landbesitzern — ohne daß die Staatsanwaltschaft eingeschritten wäre. Die Interpellation fragt die Regierung, was sie getan habe, um die Banditen zu bestrafen. Und ob die Regierung die Landarbeiter in Zukunft vor Terrorakten zu schützen gedenke.

Aus den Reichstagsverhandlungen vom 27. Juni

Stimmenlos Saldbauer des Zentrumsmanns Karp, des Mannes-Parteilers Hepp und nach der nationalsozialistischen Verteilung der „armen Großgrundbesitzer“ erscheint der

Stammminister Graf Kainz

und verliest eine ellenlange Regierungserklärung, die im wesentlichen Teil feststellt, daß die Reichsbund der Landwirtschaft (d. h. den Junkern), welcher schon Krebte bis aufs äußerste gehen habe, daß den landwirtschaftlichen Kapitalisten weitere Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Genosse Ventwig

verliest diese Regierungserklärung, die alle Wünsche der Agrarier erfüllt, den Kleinbauern und Siedlern nichts und den Landarbeitern noch weniger bringt. Er ruft der Kapitalistengeneration und ihrem Parlament zu, daß die Kleinbauern, Siedler und Landarbeiter gemeinsam mit dem Industrieerzeugnissen den blutigen Kampf gegen den Kapitalismus und die Großagrarien bis zum Ende durchzuführen werden.

Nachdem der demokratische Bauern Reich von der Agrarfrage erzählt hat, ergreift der

Genosse Obendief (Stettin)

das Wort zur schärfsten Anfrage gegen das deutliche nationale Junkerparlament, gegen seine Regierung, gegen die ungeschwehliche Bedrückung der Arbeiterbauern, Siedler, Pächter und Landarbeiter. Sein stürmischer Vorstoß ruft alsbald die Junker- und Kapitalistenpartei auf den Plan, die durch die Partei um 11 Uhr 15 Minuten immer wieder die Wirkung und die Schritte seines Kampfes an die arbeitenden Massen übermitteln wollen. Er erklärt:

Die Junker und die deutliche nationale Junkerpartei haben die Instation ausgenutzt, um aus der Not des Landproletariats und der selbständigen kleinen Landwirte das Menschenmögliche herauszuschinden. Bis aufs Blut wird der Kleinbauern und der Siedler zum Schutz des Grundbesitzes ausgenutzt. Das Geld der Landarbeiter ist unzulässig — Das Dames-Gutachten wird die Kleinbauern vollends vernichten.

Rebner schließt das Gesicht und die Zusammenkunft der Landwirtschaftskammer, er schändet den Charakter dieser „Bauernvertreter“ oder vielmehr Bauernvertreter, die ledig bis schändend Morgen im Besitz haben, die ihre Realität bis zum äußersten anwenden, die durch ihre Art zu haben und gegen die Arbeiter aufhoben wollen.

Der Ernährungsminister Graf Kainz hat die Unverschämtheit bejassen, den Siedlern zu sagen, es sei ein Bedrohendes, kultiviertes Land den Siedlern und Pächtern zu zuweisen.

Rebner brandmarkt den Vorstoß der Landbauführer, die dem Industrieerzeugnissen den Hungerdroh androhen.

Der kommunistische Reichsbund der Kleinbauern nach allen Regeln der Logik und sozialparteilichen Kapitalisten das landwirtschaftliche Kampfbündnis der Kommunisten dar, das die Enteignung der landwirtschaftlichen Großbetriebe zugunsten der arbeitenden und ausgebeuteten Bauern und Landarbeitern fordert. Die Klein- und Mittelbauern, in ihrem Besitz unangetastet, müssen mit uns kämpfen. Andere Anträge sagen, was wir tun wollen mit dem Land der Großagrarien.

Um den Siedlern, Kleinbauern und Kleinpächtern aber sofort zu helfen, fordern wir nicht Stundung, sondern Aufhebung sämtlicher auf ihnen lastenden Steuern, Stundung würde das Geld nur noch verschlimmern. Von den Rentenmarkttreibern ist in die Hand der kleinen Leute nichts gekommen.

Sämtliche Anträge zur Agrarfrage usw. werden an die einzelnen Ausschüsse verwiesen.